

## Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz

AZB  
3001 Bern

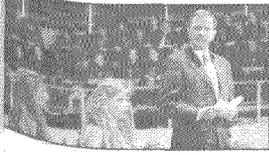
Schweizerische Landesbibliothek  
Haltwilerstrasse 15  
3003 Bern

<b>Herausgeberin/Redaktion</b> Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz Postfach 6136 3001 Bern Telefon 031 320 35 35 Fax 031 320 35 00 E-Mail gs@fdp-prd.ch Internet www.fdp.ch	<b>Inserate</b> Kretz AG Verlag und Annoncen General Wille-Strasse 147 8706 Feldmeilen Telefon 01 925 50 60 Fax 01 925 50 77 E-Mail fdp.annoncen@kretzag.ch Internet www.kretzag.ch	<b>Layout/Druck</b> NZZ PRINT Postfach 8021 Zürich Telefon 01 258 15 02 Fax 01 258 18 99 ISDN 01 773 11 15 E-Mail print@nzz.ch Internet www.nzzprint.ch
--	---	---

Offizielles Organ der FDP Schweiz.

24. Jahrgang, Erscheint monatlich.

### Inhalt



**Lasst uns jetzt feiern**  
Eröffnungsrede von Franz Steinegger an der Expo.02. **5**



**Ich kämpfe weiter**  
Die Fraktionschefin setzt sich für die Solidaritätsstiftung ein. **9**

**Fristenregelung**  
Ein Dilemma kann man zumindest regeln. **15**



**DV der Frauen**  
Die Frauen trafen sich bei ihrer Präsidentin. **16**

Anzeige

**Innotherm**

**Öl-Kondensationsheizungen sparen 10% Heizöl.**

**INNOTHERM**

Innotherm AG · Talackerstr. 14 · 8274 Tägerwilten  
Telefon 071 669 28 82 · Fax 071 669 28 87

# Die Expo.02 findet doch statt

## Die Schweiz zusammenbringen

Die Zweifel der Nörgler und Dauerpessimisten sind auf eindrückliche Weise widerlegt: Die Expo.02 findet statt. Sie eröffnete bei strahlendem Sonnenschein ihre Pforten am 14. Mai und wird erfolgreich sein. Jetzt zahlt es sich aus, dass einige unentwegte Kräfte unter unwirtschaftlichen Umständen – auch in den schwierigsten Entwicklungsphasen – zur Landesausstellung gestanden sind. Trotzdem reichen wir jetzt auch den Kritikern und Destruktiven die Hand, damit die Expo zu einer Veranstaltung wird, welche die Schweiz zusammenbringt, statt sie in zwei Lager zu teilen.

Von FDP-Generalsekretär  
Guido Schommer, Bern

Für die Bürgerinnen und Bürger und die Mehrheit des Parlaments die gute Nachricht zuerst: Die Expo.02 findet statt. Für die SVP und Teile der CVP die schlechte Nachricht: Die Expo.02 findet trotz ihrem Widerstand statt. Die moderne, selbstbewusste, kämpferische, patriotische, weltoffene, liberale Schweiz setzte sich in einem jahrelangen Zermürbungskampf durch. Damit erhalten auch die heute unter 60-jährigen Generationen die Chance, ihr Selbstverständnis als Schweizerische Eidgenossenschaft bestätigt zu sehen oder in Frage zu stellen, zu diskutieren, allen-



Guido Schommer. Bild zvg

falls auch neu zu definieren. Unserem Land und seinen Leuten tut es am Anfang des neuen Jahrtausends gut, dass dieses grosse gemeinsame Projekt gelingt.

### Riesige Peinlichkeit verhindert

Wohl selten in der jüngsten Schweizer Geschichte war



Die Landesausstellung öffnete ihre Tore für das Publikum, und erste Menschenströme eroberten die Arteplages.

Bild Reuters

ein nationales Projekt derart umstritten während seiner Entstehung: Die Expo.01, später Expo.02 hatte einen schwierigen Start. Die erste Führungsequipe und ihr politisches Begleitgremium versagten. Kurz vor dem Eintreten einer riesigen Peinlichkeit – nämlich der im Raume stehenden Absage der Lan-

desausstellung im Herbst 1999 – trat der damalige FDP-Präsident Franz Steinegger auf den Plan, übernahm die Führung, sanierte die Organisation, führte die notwendigen neuen Mittel zu und trimmte die Expo-Crew so fit, dass man heute getrost

Fortsetzung auf Seite 2

## Parolen der FDP Schweiz

Volksabstimmung vom 2. Juni 2002

- Änderung des Strafgesetzbuches (Schwangerschaftsabbruch)
- Volksinitiative «Für Mutter und Kind»

Ja  
Nein

Fortsetzung von Seite 1

vermeiden darf: Die Expo.02 findet statt, die Schweiz ist fähig, eine ausgezeichnete Landesausstellung durchzuführen. Man darf ein bisschen stolz sein.

## Politische Dividende einfordern

Die Expo dürfte ein Symbol werden für die Überzeugungskraft, die einzelne Führungspersönlichkeiten aufzubringen imstande waren, um ein riesiges Projektteam zu begeistern, eine ganze Region in Bewegung zu brin-

gen, politische Mehrheiten (wenn zeitweise auch nur knappe) zu schmieden und so ganz nebenbei in nicht ganz 2½ Jahren eine Ausstellung dieses Ausmasses auf die Beine zu stellen. Die Expo muss politisch aber auch in Erinnerung bleiben als Symbol des Aufbruchs für jene po-

« Jetzt darf aber auch keine falsche Bescheidenheit ausbrechen. »

litischen Kräfte, die sich von A bis Z hinter das Projekt gestellt haben, dafür gegeisselt und abgestraft, belächelt und ausgebuht

wurden. Damals war bürgerliche Selbstmitleid fehl am platz. Jetzt darf aber auch keine falsche Bescheidenheit ausbrechen. Es brauchte Rückgrat, um das Projekt durchzuziehen.

Mehr als einmal wäre die Versuchung gross und der Ausstieg einfach gewesen. Im Interesse des Landes und im Vertrauen auf bewährte Katastrophenmanager hat man durchgehalten. Es ist legitim, jetzt eine politische Dividende einzufordern. Man darf sich der Merkwürdigkeit erinnern, dass es gerade mal eine

war bürgerliche Bundesrats-am partei gab, welche die

« Die Landesausstellung ist ein Fest für das ganze Land – und seine ausländischen Gäste. »

Expo von A bis Z getragen hat. Vielleicht war es kein Zufall, dass es jene war, die über 150 Jahre zuvor diesen Bundesstaat gegründet hat: die FDP. Und trotzdem: Wir strecken die Hand aus zu jenen, die zum Teil kritisch, zum Teil destruktiv den Entstehungsprozess begleitet haben und damit erst recht dazu beigetragen haben,

dass die Expo heute in der öffentlichen Wahrnehmung als Erfolgsstory da steht. Die Landesausstellung ist ein Fest für das ganze Land – und seine ausländischen Gäste. Feste sind da, um zu integrieren, und nicht, um zu spalten. Eine Landesausstellung ist da für alle Bürgerinnen und Bürger, unbeschadet, wie sie in den letzten zehn Jahren zum Projekt gestanden sind – sie alle werden zu begeistern sein. Vielleicht erkennen dann auch einige der Kritiker, dass echtes, weltoffenes, patriotisches Schweizersein nicht nur aus Neinsagen besteht.

## Sekretärin der FDP-Frauen Schweiz

Who's who?

### Alice Disch-Zimmermann

#### Geburtsdatum:

11. November 1953

#### Beruf:

Seit 1997 Englischlehrerin mit eigener Sprachschule

#### Bürgerort:

Elm / GL

#### Zivilstand:

verheiratet

#### Ausbildung/Tätigkeit:

- 1971–1982 Berufsausbildung, Sekretärin
- 1982/83 2 Jahre wohnhaft in London; weitere Sprachaufenthalte in Kanada und Frankreich
- 1982 Flight Attendant und Purser bei der Swissair (1988 bis 2000 als Aushilfe)
- 1993 Erwerb Hotelmanagement-Diplom, anschl. Einsatz als Restaurantleiterin
- 1997 Erwerb Englischlehrer-Diplom an der Volkshochschule in Zürich, anschl. Englischlehrerin, selbständig

#### Tätigkeit in Politik und Gesellschaft:

- ab 1997 Stützpunktleiterin der economie suisse
- Sekretärin der FDP des Kantons Glarus
- Gründungsmitglied der Soroptimist International Club Glarnerland
- ab 2001 Sekretärin der FDP Frauen Schweiz

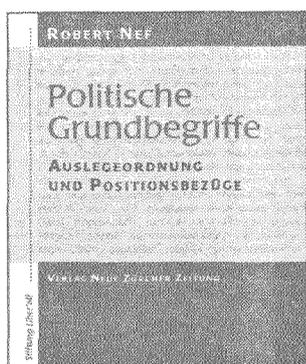
#### Diverses:

- 1991–1993 Weltreise und Weiterbildung, verbunden mit Arbeiten im Ausland, u. a. Einsatz in privatem Hilfswerk in Ecuador



## Das politische Vokabular der Gegenwart aus liberaler Perspektive

Politik ist immer auch eine Auseinandersetzung um die Auslegung von Begriffen. Traditionelle Bedeutungen konkurrieren mit Slogans der Werbeleute und mit parteipolitischer Polemik. Nach 1989 ist es weltweit zu unterschiedlichen neuen Positionierungen im herkömmlichen parteipolitischen Rechts-Mitte-Links-Spektrum gekommen, und dieser Prozess hat auch in der Schweiz Impulse für neue Koalitionen und Abgrenzungen ausgelöst, die in ihren Auswirkungen noch



nicht abschätzbar sind. Die Stiftung Liber'All, welche sich in den Dienst der Förderung des liberalen Gedankenguts stellt, hat in dieser Situation die vorliegende Studie in Auftrag ge-

geben. Zunächst werden die ideengeschichtlichen und terminologischen Voraussetzungen unvoreingenommen geklärt. Dann gilt es, anhand von Grafiken die Orientierung innerhalb von Grundoptionen zu erleichtern und in einem Glossar die wichtigsten Be-

griffe kurz zu erläutern. Schliesslich werden anhand von ausgewählten aktuellen Grundsatzfragen mögliche liberale Positionen exemplifiziert. Erstmals wird in der Studie eine klare Unterscheidung von zwei linken und zwei rechten Flügeln begründet.

*Robert Nef*  
**Politische Grundbegriffe**  
 Auslegeordnung und Positionsbezüge. Eine Studie im Auftrag der Stiftung Liber'All  
 216 Seiten, Grafiken, 15x22 cm, gebunden, Fr. 48.-,  
 ISBN 3-85823-956-9

### Der Autor:

**Robert Nef**, Jahrgang 1942, studierte Jurisprudenz an den Universitäten Zürich und Wien mit Abschluss als lic. iur. Er war zwischen 1968 und 1991 als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für

Orts-, Regional- und Landesplanung und am Lehrstuhl Rechtswissenschaft an der ETH Zürich. Seit 1979 leitet er das Liberale Institut in Zürich, seit 1991 ist er Redaktor und seit 1998 auch Mitherausgeber der «Schweizer Monatshefte».

## Das Regierungssystem der Schweiz in seiner Entwicklung gedeutet

In der vorliegenden Gesamtdarstellung wird eingehend nach den tragenden Strukturprinzipien und der inneren Logik des schweizerischen Regierungssystems gefragt. Dabei wird eine ganzheitliche, systemische Denkweise verfolgt. Gibt es elementare Bedingungen, aus denen die bestehende politische Ordnung herausgewachsen ist und erklärt werden kann? Wie sehen diese aus und welche Wir-



kungen haben sie auf die Struktur der politischen Einrichtungen und die Verfahren der Willensbildung?

Kann die Schweiz mit ihren alten Fundamenten und ihren überkommenen politischen Einrichtungen angesichts zukünftiger Herausforderungen überhaupt weiterexistieren? Die gründliche Analyse legt dar, wie die politischen Institutionen entstanden

sind und wie sie funktionieren. Sie regt, anschaulich und in logischer Konsequenz, zum Nachdenken an über die Willensnation Schweiz, schafft Grundlagen und Voraussetzungen, um über Veränderungen der politischen Ordnung zu debattieren, und leistet da-

mit einen wichtigen Beitrag zum politischen Diskurs.

*Leonhard Neidhart*  
**Die politische Schweiz**  
 Fundamente und Institutionen  
 416 Seiten, 15x22 cm, gebunden, Fr. 68.-,  
 ISBN 3-85823-957-7

### Der Autor:

**Leonhard Neidhart** promovierte an der Freien Universität Berlin zum Dr. rer. pol., war dort längere Zeit als wissenschaftlicher Assistent tätig und habilitierte sich an der Universität Zürich im Fach Politi-

sche Wissenschaft. Anschliessend war er Professor für Politische Wissenschaft an der Universität Konstanz und publizierte in vielseitiger Weise zu Fragen der schweizerischen Politik.

### Bestellatalon

Bitte senden Sie mir gegen Rechnung:

- Robert Nef: **Politische Grundbegriffe**. Fr. 48.- (+ Versandkosten)
- Leonhard Neidhart: **Die politische Schweiz**. Fr. 68.- (+ Versandkosten)

Name/Vorname: \_\_\_\_\_

Strasse/Nr.: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Datum/Unterschrift: \_\_\_\_\_

Bitte einsenden an: NZZ Buchverlag, Postfach, 8021 Zürich, Tel. 01 258 15 05, Fax 01 258 13 99, E-Mail: buch.verlag@nzz.ch, www.nzz-buchverlag.ch

## Kein ganz normaler Büroausflug

### Wanderung erst nach Brauerei-Besichtigung

Wer das Programm des halbtägigen GS-Ausflugs überblickte, konnte davon ausgehen, dass hier im Ablauf etwas nicht stimmt. Zuerst stand der Besuch der Liestaler Brauerei Ziegelhof auf dem Programm. Anschliessend war für das GS-Team im Gebiet Waldenburg/Hauenstein eine Wanderung vorgesehen. Die Abfolge dieses Programms, welches Fraktionssekretär Bruno Henggi zusammengestellt hatte, war aber

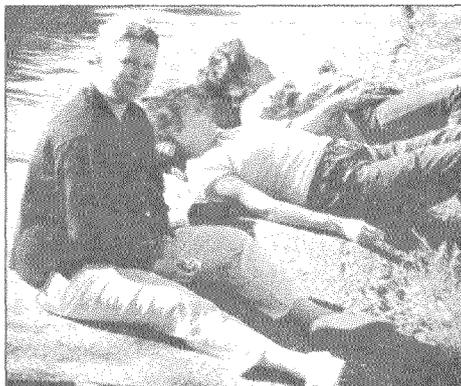
nicht verkehrt. Bereits bei der Führung durch Brauereidirektor Theo Schaller stellte sich heraus, dass es ihm darum ging, seine Haus-Spezialitäten vorzustellen und nicht mit Grossmengen des üblichen Lagerbiers aufzufahren. Der Genuss der edlen Brauereiprodukte in kleinen Mengen war darum auch kein Hindernis, die anschliessende Wanderung auf den Oberen Hauenstein mühelos zu überstehen.



Theo Schaller, Direktor der Brauerei Ziegelhof, verstand es ausgezeichnet, dem GS-Team die Chancen einer kleineren Brauerei aufzuzeigen. Bilder ruß



Dem Fotografen gelang es nur selten, die Spitze der Wandergruppe mit Erwin Aebischer, Guido Schommer und Andreas Müller von vorne im Bilde festzuhalten.



Am Schluss der Wanderung erholten sich Barbara Perriard, Christine Flückiger und Doris Wobmann auf ihre Art...



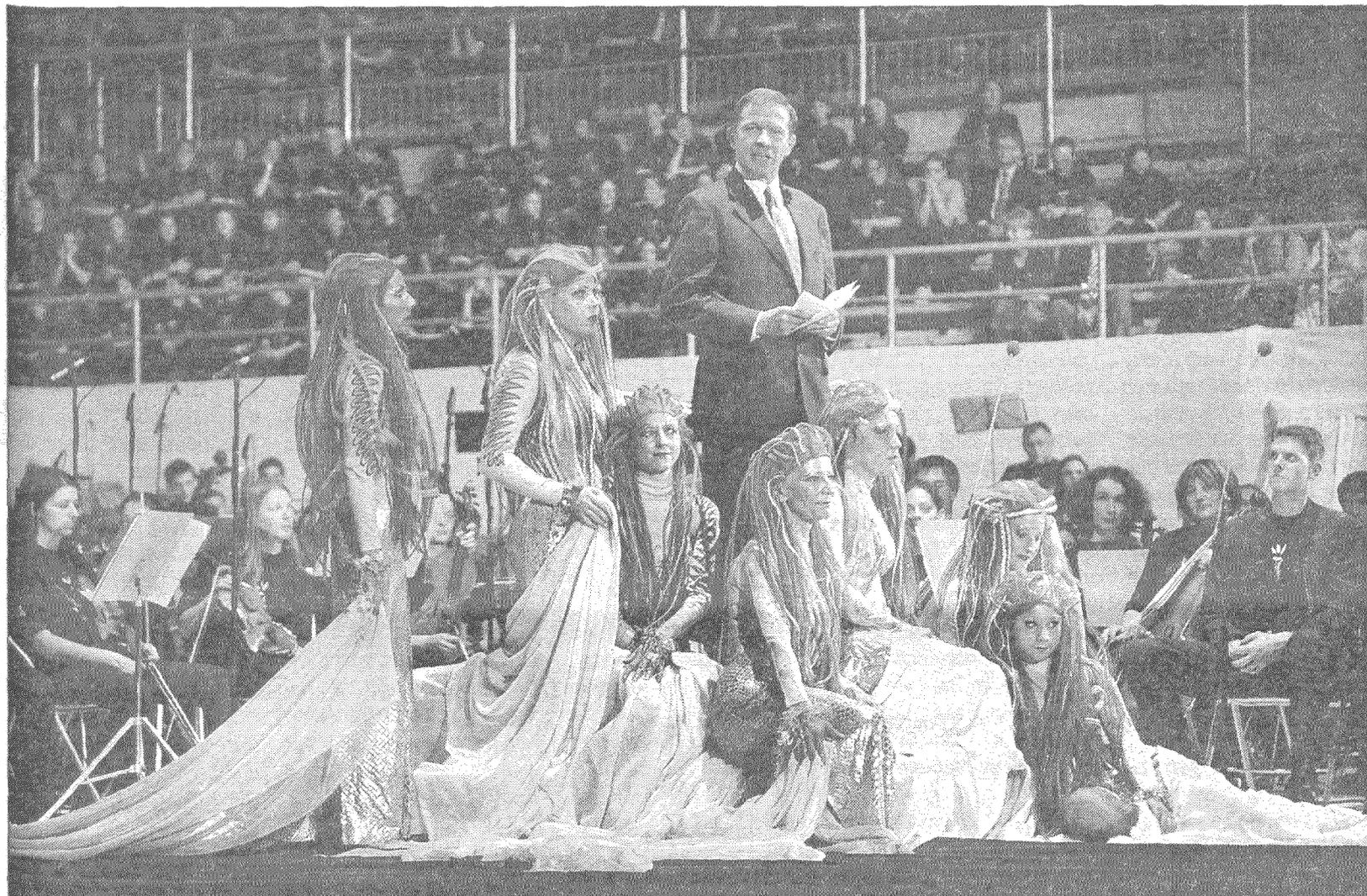
... während Dominique Delaloye und Andreas Müller eine sonnige Hauswand bevorzugten.



Zum Abschluss gab's ein Gesamtbild auf der Kirchentreppe im Zentrum von Solothurn.

# Lasst uns jetzt feiern!

*Eröffnungsrede von Franz Steinegger, Präsident Comité directeur*



Umgeben von Sirenen, hielt Expo-Präsident Franz Steinegger seine kurze und prägnante Eröffnungsrede.

Bild Ruckstuhl

**Wir haben es doch noch geschafft. Die erste Landesausstellung im 3. Jahrtausend ist bereit.**

Die Expo.02 ist das Ergebnis einer engagierten Auseinandersetzung über Formen, Inhalte, Finanzen, Personen, das Resultat von Zusammenarbeit, aber auch Verweigerung.

Trotz oder mit vielen Irrungen kann dieses Land etwas zustande bringen. Schon Gotthelf hat ja gesagt: Schwerer Anfang ist zumeist heilsamer als leichter Anfang. Dieses Land kann nicht nur Plattformen bauen, sondern auch eine Plattform schaffen für eine lebendige Auseinandersetzung mit der

Realität von heute und den möglichen Zukünften. Die Expo.02 ist aber kein Lehrpfad für Untertanen und auch kein neuer Nationalpark oder ein blosser Vergnügungspark. Wir wollten die Voraussetzungen schaffen für eine teils selbständige, teils kollektive Beschäftigung mit dem Heute und Morgen. Dadurch darf oder soll ein individueller Nutzen entstehen. Es soll Freude herrschen. Wir wollen dadurch aber auch unser Zusam-

mengehörigkeitsgefühl erneuern und stärken, und wir wollen vermeiden, dass unser Gemeinschaftsbewusstsein zu Wahnvorstellungen vermodert.

Für jede Gemeinschaft sind Feste unverzichtbar, auch wenn sie gelegentlich von Streitereien begleitet sind.

Heute starten wir ein grosses Fest, zu dem alle Bewohnerinnen und Bewohner dieses Landes sowie Gäste aus dem Ausland eingeladen sind.

Allen, welche sich mit Erfolg oder auch mit gut gemeinten Fehlgriffen an der Vorbereitung beteiligt haben, danke ich für den Einsatz. Es gilt auch hier der Satz: Es ist auch ein Geist des Guten in jedem Übel, man muss es nur achtsam herausziehen.

Herzlichen Dank auch für die ideelle und finanzielle Unterstützung durch den Bund, die Kantone, die Gemeinden und die Sponsoren.

**Lasst uns jetzt feiern! ■**

**E P O . 0 2**

## (K)ein fairer Vertrag

*Neuverhandlungen für Luftlärmmabkommen sind unumgänglich*

**Zu Recht hat die Verkehrskommission des Nationalrates, auf Antrag der FDP, das umstrittene Lärmschutzabkommen mit Deutschland abgelehnt. Gegen den von Verkehrsminister Leuenberger ausgehandelten Vertrag sprechen auch verkehrspolitische Gründe. Ein fairer Lastenausgleich beim Fluglärm ist unbestritten – dazu bedarf es der Aufnahme von Neuverhandlungen.**

Mit dem Staatsvertrag erzwingt Deutschland eine massive Verlagerung des Anflugverkehrs vom dünnbesiedelten süddeutschen Raum auf sehr dichtbesiedeltes Gebiet der Schweiz. Dies wird damit begründet, dass jeder Staat, soweit das technisch machbar ist, seine Umweltlasten selber zu tragen habe. Deutschland sei aber bereit, einen gewissen Teil der Lasten zu tragen, weil Deutschland ja auch einen kleinen Nutzen aus dem Flughafen ziehe.

Diese Behauptungen bilden das Fundament der deutschen Argumentation. Was ist davon zu halten?

### 1. Lasten und Nutzen sind im internationalen Verkehr gesamthaft zu betrachten

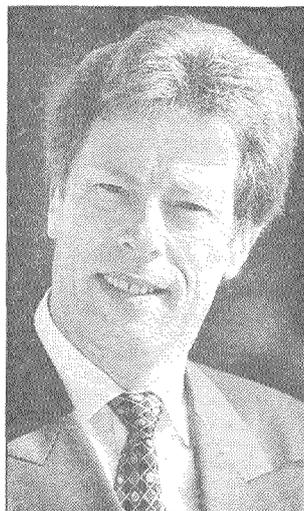
Rufen wir kurz die Fakten in Erinnerung:

Beim Flughafen Zürich trägt die Schweiz 96 Prozent der durch An- und Abflüge verursachten Lärmbelastung und nur 4 Prozent fallen in Deutschland an. Dazu kommt, dass die Belastung, von Deutschland nicht übermässig ist, da die Anflüge in einer gewissen Höhe erfolgen und die deutschen Lärmvorschriften nicht verletzt wer-

den. Die Vorstellung Deutschlands, Lasten nur im Rahmen des Nutzens übernehmen zu müssen, welchen Deutschland aus dem Flughafen zieht, ist sachfremd. Eine derartige Argumentation ist im Verkehrsbereich spätestens mit dem Verschwinden der Wegzölle im Mittelalter nicht mehr nachvollziehbar. Man stelle sich die Reaktionen der EU vor, wenn die Schweiz nur noch Transitverkehr im Rahmen des Nutzens zulassen würde, welcher in der Schweiz durch diese Verkehre anfällt.

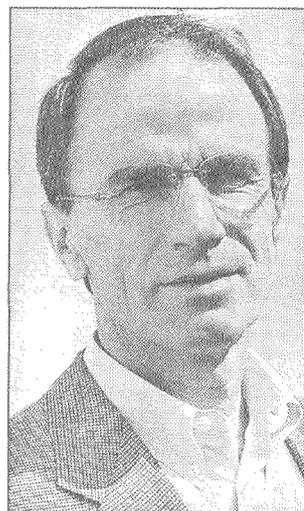
Im internationalen Verkehr fällt der Nutzen immer am Ausgangspunkt und am Zielort an. In Transitländern wie der Schweiz fällt dagegen, abgesehen von den Wegkosten, kein Nutzen an, die Lasten sind aber sehr gross. Das ist, aufs Ganze gesehen, trotzdem vernünftig und gerecht, weil alle Länder einmal in der Rolle des Nutzniessers, ein anderes Mal in der Rolle des Lastenträgers sind.

Im internationalen Verkehr sind deshalb gewisse Kriterien untauglich, wie der von Deutschland eingebrachte zu enge Begriff des Nutzens. Es kann nur aufs Ganze gesehen eine



*Paul Kurrus wehrt sich gegen die restriktive Auslegung des Transitabkommens der internationalen Zivilluftfahrtorganisation (ICAO) durch Deutschland.*

Kosten-Nutzen-Rechnung geben, aber nicht rein lokal betrachtet. Aus Sicht der Urner sind die Belastungen aus dem internationalen Strassenverkehr nicht akzeptabel. Die Überflüge werden von den Hohentengern ebenfalls als zu starke Belastung empfunden (verglichen mit dem, was die Schweizer Bevölkerung zu ertragen hat, ist diese allerdings minim). Nur wenn man diese Verkehrsströme aus internationaler (konkret EG) und nationaler Perspektive betrachtet, kann eine Kosten-Nutzen-Rechnung aufgehen. Das gilt im Übrigen wohl für jeden Flughafen: Wenn die Anwohner der Flughäfen Amsterdam, London, Frankfurt oder Zürich den Fluglärm aus ihrer lokalen Perspektive im Sinne einer Kosten-Nutzen-Rechnung beurteilen, sind



*Auf Antrag von Nationalrat Duri Bezzola beschloss die Verkehrskommission des Nationalrates Nichteintreten auf dieses Geschäft.*

Bilder zVg

sie übermässig belastet. Dasselbe gilt für die Anwohner der Bahnlinie Zürich-Bern oder die Anwohner mit starkem Schienen-Güterverkehr.

### 2. Das völkerrechtliche Nachbarrecht

Es ist selbstverständlich, dass Belastungen nicht unbegrenzt auferlegt werden können. Im Binnenverhältnis sorgt die nationale bzw. die EU-rechtliche Gesetzgebung für entsprechenden Schutz (wie die Lärmvorschriften usw.), im internationalen Verhältnis ist es das völkerrechtliche Nachbarrecht.

Im Verhältnis zwischen der Schweiz und Deutschland muss primär EU-Recht massgebend sein, soweit die bilateralen Verträge auf die betreffenden Verkehrsströme anwendbar sind. Es kann aber auch das völker-

rechtliche Nachbarrecht massgebend sein. Dieses wird indessen mit dem heutigen An- und Abflugverfahren nicht verletzt.

### 3. Umweltaspekte

Der Interessenausgleich auf der Basis von zahlenmässigen und zeitlichen Überflugbeschränkungen ist sachlich falsch und diskriminiert die schweizerische Bevölkerung. Wie erwähnt trägt die Schweiz bereits heute 96 Prozent der vom Flughafen Zürich ausgehenden Lärmbelastung durch An- und Abflüge. Trotzdem sollen gemäss Staatsvertrag zu Gunsten von wenigen hundert süd-deutschen Anwohnern fast 30 000 Einwohnerinnen und Einwohner in der Schweiz massiv mehr und zum Teil neu belastet werden.

Die massive Zusatzbelastung rührt daher, dass im Gegensatz zu den dünn besiedelten Regionen Deutschlands in der Schweiz dicht besiedelte Gebiete in viel geringerer Höhe überflogen werden müssten.

Trotz der erst einige Tage alten EU-Richtlinie 2002/30 welche die Kriterien und Verfahren für lärmbedingte Betriebseinschränkungen auf Flughäfen der EU auf der Basis des Lärms festlegt, besteht Deutschland hartnäckig darauf, dem Anflug von Zürich aus Norden einen Bewegungsdeckel zu verpassen. Dieser Ansatz ist

**Fortsetzung auf Seite 7**

Fortsetzung von Seite 6

sachlich falsch und steht im Gegensatz zu den weltweit anerkannten Prinzipien des Lärmschutzes. Mit der Umsetzung des Staatsvertrages käme die süddeutsche Bevölkerung in den Genuss von Sonderrechten, welche andersorts weder deutschen noch schweizerischen Flughafenwohnern zugestanden werden und welche viel weiter gehen als deutsches und schweizerisches Umweltrecht. Zudem ist das Bewegungskriterium umweltpolitisch widersinnig, da es die technischen Fortschritte, z. B. Investitionen in leisere Flugzeuge, nicht berücksichtigt.

#### 4. Falsches politisches Signal

Sollte dieser Staatsvertrag ratifiziert werden, hätte dies eine starke Signalwirkung und könnte zu ähnlichen Entwicklungen auf anderen Flughäfen führen. Das wäre für die Schweiz fatal, weil ihre Flughäfen alle in Grenznähe liegen, aber auch für andere Staaten (Luxemburg, Dänemark usw.) sowie für die ganze Zivilluftfahrt, die wie jeder Verkehr auf grenzüberschreitende Regelungen angewiesen ist.

#### 5. Fairer und sachgerechter Vertrag durch Neuverhandlungen

Im Interesse eines fairen Lastenausgleiches unter

der gesamten Bevölkerung um den Flughafen Zürich – ungeachtet der Landesgrenzen –, aber auch um der schweizerischen Zivilluftfahrt günstige Rahmenbedingungen zu erhalten, darf dieser Vertrag nicht ratifiziert werden. Mit der Aushandlung eines neuen Vertrages auf der Basis geltenden Völker- und EU-Rechts kann für alle Betroffenen eine bessere Lösung gefunden werden. Um dies zu erreichen, muss sich die Schweiz dieser Auseinandersetzung – mit den damit verbundenen Risiken – stellen. Wer sich wehrt, geht ein Risiko ein, wahrt sich aber seine Chancen. Wer sich nicht wehrt, hat auf jeden Fall verloren. ■

## Engagierte Fussball-Junioren

### Selbstverantwortung schulen

Seit 18 Jahren führen die beiden Hinterthurgauer FDP-Ortsparteien Rickenbach und Wilen ihr traditionelles Eiertütschen durch. Anfänglich wurde das Vorhaben von der dominierenden CVP belächelt. Der Durchhaltewillen führte dazu, dass der Wähleranteil bei den

Grossratswahlen – seit der Gründung vor 20 Jahren – von 5 auf 41 Prozent gesteigert werden konnte. Der Reingewinn dieser Veranstaltung kommt jedes Jahr einer anderen dörflichen Jugendorganisation zugute.

Die beiden Ortsparteien haben verschiedene Gründe, ihr traditionelles Eiertütschen vor dem Warotütschen durchzuführen. Zum Einen zirkulieren vor diesem FDP-Stand am Karisamstagvormittag ca.

3000 Personen. Zum Zweiten geben sie jedes Jahr einer anderen örtlichen Jugendorganisation die Möglichkeit, mit ihrem Einsatz einen Reinertrag von bis zu 1000 Franken zu erwirtschaften. Zum Dritten kom-

men so junge Leute zwischen 10 und 16 Jahren erstmals mit Leuten einer politischen Partei in Kontakt. Wenn dies, wie das Beispiel zeigt, die FDP ist, dann umso besser. Diese jungen Leute sind in zwei bis acht Jahren Stimmbürger und Wähler, welche sich bestimmt an diese positiven ersten Kontakte erinnern. Wenn sie dabei erinnert werden, dass «mehr Selbstverantwortung – weniger Staat» zum Erfolg führt, werden sie FDP-Kandidaten wählen. ■

Anzeigen

### Klinik Landhaus Aadorf

Fachklinik für Psychotherapie

#### Begleitung aus der Krise

Bei Depressionen, Burn Out, Erschöpfungszuständen, Ängsten, leichten Suchterkrankungen oder auch leichteren Formen von Psychosen begleiten Sie unsere ausgebildeten PsychotherapeutInnen aus der Krise. Nutzen Sie diese fachliche Begleitung in einer unterstützenden und vertrauensvoll-heilenden Atmosphäre.

Die Sinnfindung im christlichen Glauben wird, falls gewünscht, angeboten.

Unsere Leistungen sind Krankenkassen anerkannt – ganze CH – privat, halbprivat und allgemein. Einweisungszeugnis des Hausarztes genügt.

Gerne stehen wir Ihnen für weitere Informationen zur Verfügung. Rufen Sie uns doch einfach an.

**Dr. med. Hans König, Chefarzt,**

Facharzt für Psychiatrie und Psychotherapie FMH, Postfach, 8355 Aadorf, Tel. 052 368 88 88, Fax 052 368 88 99, [www.klinik-landhaus.ch](http://www.klinik-landhaus.ch) e-mail: [landhaus@klinik-landhaus.ch](mailto:landhaus@klinik-landhaus.ch)

## STANDING INNOVATION.

THE BENEFITS OF TECHNOLOGY

**SULZER**

Anzeige

bis 80 Personen



**Fondue**  
Chinoise, Bourguignonne, Cheese Fondues

**SPYCHER FONDUE HOUSE**

Eisengasse 15 ▲ 6004 Luzern ☐ Switzerland

天香樓  
▲ Phone +41-41 412 37 37 ▲  
▲ Fax +41-41 410 43 53 ▲  
▲ e-mail [restaurant@fondue-house.ch](mailto:restaurant@fondue-house.ch) ▲  
▲ [www.fondue-house.ch](http://www.fondue-house.ch) ▲

## Eine millionenschwere Kampagne

### Beispielloser Geldaufwand gegen eine vernünftige Fristenregelung

**Mit einem beispiellosen Aufwand und unter Demonstration ihrer offensichtlich im Überfluss vorhandenen Geldmittel überziehen die Gegner der Fristenregelung unser Land mit Ihrer Kampagne.**

Von FDP-Regierungsrätin  
Marianne Dürst-Kundert,  
Präsidentin FDP-Frauen

Wir wissen nicht, woher die Gegner der Fristenregelung ihre unerschöpflichen Geldvorräte beziehen oder wieviel überhaupt die gegnerische Kampagne kostet; dass es sich dabei um einen Betrag in mehrfacher Millionenhöhe handelt, liegt auf der Hand.

#### Falsche Emotionen

Bild und Text der Broschüren, Inserate und Plakate suchen vor allem Emotionen zu schüren. Die Frage des Schwangerschaftsabbruchs ist eine schwierige und eine absolut emotionale Frage. Ich bin überzeugt, dass keine Frau diesen Entscheid leichtfertig trifft! Oder man muss sich demgegenüber auch den Konflikt vorstellen, in dem sich eine Frau befindet, die ein unerwünschtes Kind während 9 Monaten austragen muss. Was aber nicht akzeptierbar ist, ist die von den Gegnern der Fristenlösung verfolgte Doppelmoral: Wo bitte sind konkrete Vorschläge und Massnahmen für echte Hilfe für Mutter, Familie und Kind? Nach meiner Beobachtung ist die Ursache für die Unterentwicklung in der Schweiz in Sachen Gleichstellung im Beruf, Schaffung von

Möglichkeiten zur familienergänzenden Betreuung, Lohngleichheit usw., also alles frauenfördernde Massnahmen, in den genau gleichen Lagern zu suchen.

#### Inakzeptable Irreführung

Nicht akzeptierbar ist die Irreführung, die mit der Kampagne «Mutter und Kind» betrieben wird. So sind beispielsweise die meisten in der Kampagne abgebildeten Föten jenseits der 12. Schwangerschaftswoche (d. h. 10 Wochen nach der Befruchtung, vgl. z. B. Verhältnis 1:3 in der Broschüre «Mutter und Kind»: «Ein neuer Mensch: Schicksal oder Chance?»). Damit sind natürlich eher Emotionen zu wecken als mit Fotos im frühen Stadium der Schwangerschaft. 80 Prozent der Abbrüche werden innerhalb der ersten 8 Wochen nach der Befruchtung durchgeführt. Da sind weder Händchen noch Füsschen zu sehen!

Klar irreführend und unwahr und deshalb auch nicht akzeptierbar ist auch das Argument, die Fristenregelung ermögliche Abtreibungen bis zur Geburt. Spätabbrüche sind bereits heute möglich. Sie fallen wie bisher unter die medizinische Indikation. Der neue Gesetzestext ist sogar eher restriktiver als



RR Marianne Dürst-Kundert, Glarus. Bild zVg

das geltende Gesetz. Es ist eine Beleidigung, zu behaupten, Frauen und Ärzte würden eine Schwangerschaft im späten Stadium abbrechen, wenn nicht absolut gravierende Gründe vorliegen.

#### Richtigstellung nötig

Ähnliches gilt auch für die Aussage, Abtreibungen wären möglich, um «lebensunwertes» Leben auszulöschen. Die Problematik der Pränataldiagnostik wird in unzulässiger Weise mit der Fristenregelung vermischt. Diese Fälle fallen unter die medizinische Indikation, die bereits heute gilt. Der Abbruch kann in solchen Fällen meist erst nach der 12. Woche vorgenommen werden, wenn die Tests vorliegen. Bei der Fristenregelung geht es um die Entkriminalisierung des Schwangerschaftsabbruchs in den ersten 12 Wochen! Klar falsch ist im Weiteren die Behauptung, in den Ländern, die eine Fristenregelung eingeführt haben, hätten die Abtreibungen zugenommen. Wenn – ab-

solot gesehen – die Zahl der legalen Schwangerschaftsabbrüche in der ersten Zeit der Einführung der Fristenregelung zugenommen hat, dann weil diejenige der illegalen entsprechend abgenommen hat.

#### Hemmungslose Instrumentalisierung

Mit der Kampagne der Gegner der Fristenregelung werden Tatsachen auf unlautere, teilweise wahrheitswidrige und suggestive Art und Weise verzerrt. Gefühle betroffener Frauen werden hemmungslos blossgestellt und aufs Gröbste verletzt. Wehrlose Kinder und behinderte Menschen werden schamlos instrumentalisiert. Religiöse Gedanken werden einseitig benutzt.

#### Doppelmoral

Als demokratisch denkende und die freie Meinungsäusserung respektierende Menschen werfen wir den Gegnerinnen und Gegnern der Fristenregelung nicht vor, sie würden zu viel Geld einsetzen oder das vorhandene Geld falsch verwenden. Die Gegner huldigen aber einer Doppelmoral: In der ganzen millionenschweren Kampagne der Gegnerschaft ist zu fragen, wie zu den realen Nöten und Ängsten oder gar zu den Ursachen oder der Prävention einer ungewollten Schwangerschaft nirgends eine Antwort zu finden. Im Gegenteil, es ist ein Schlag ins Gesicht aller ungewollt

schwangeren Frauen und letztlich auch aller Mütter, wenn gefordert wird, dass unter allen Umständen ein werdendes Leben ausgetragen ist, weil es ja beispielsweise ganz einfach zur Adoption freigegeben werden kann. Die Wertschätzung, die wir ungeborenem Leben entgegenbringen, hat viel zu tun mit der Wertschätzung, die wir Kindern, Frauen und Familien entgegenbringen. Gefordert ist eine zukunftsgerichtete, den Anforderungen der heutigen Gesellschaft gerecht werdende Familien- und Gesellschaftspolitik. Sind die Gegner bereit, ebenso viele Mittel einzusetzen, wenn es darum geht, notwendige Reformen wie eine Mutterschaftsversicherung, Tagesschulen, betreute Kinderhorte oder beispielsweise die Kasernenpflicht von Verhütungsmitteln durchzusetzen?

#### Taten – nicht bloss Worte

Es ist so einfach, die Verantwortung für unsere Kinder auf schöne Worte und Hochglanzpapier zu beschränken. Tatsache ist aber, dass wir Menschen, die werdenden Mütter und Väter, in unserer ganz persönlichen Lebenssituation und mit unseren Möglichkeiten, die uns zur Verfügung stehen, allein die Verantwortung für unsere geborenen wie auch ungeborenen Kinder tragen. Zu dieser Verantwortung stehen wir mit einem Ja zur Fristenregelung. ■

## Ich kämpfe weiter für ein Ja zur Solidaritätsstiftung

Unheilige Allianz zwischen SP und SVP wird Mode

In einem Interview zur Solidaritätsstiftung gab FDP-Ständerätin Christine Beerli dem Bundeshausredaktor des «Blicks», Georges Wüthrich, klare Antworten. Dabei unterstrich sie, dass sie weiter für ein Ja kämpfen werde.



Christine Beerli ist nach wie vor der Ansicht, dass praktisch die Hälfte der FDP-Fraktion zur Stiftung steht.

*Frau Beerli, hat die FDP die Flinte in Sachen Solidaritätsstiftung zu früh ins Korn geworfen?*

Ständerätin Christine Beerli: «Die FDP als Partei hat noch gar nicht entschieden. Es gab bis jetzt lediglich ein knappes Nein der Fraktion. Praktisch die Hälfte steht nach wie vor zur Stiftung.»

*Sie kämpfen demnach weiterhin für den Gegenvorschlag?*

«Ja. Andere Kolleginnen und Kollegen in der Fraktion sowie Bundespräsident Kaspar Villiger werden dies auch tun. Der Zeitpunkt für die Entscheidung in der Fraktion war falsch.»

*Gibt Ihnen die «Sonntags-Blick»-Umfrage Rückenwind?*

«Bei aller Vorsicht gegenüber Meinungsumfragen: Ich fühle mich bestätigt. Für die Lösung ein Drittel Solidaritätsstiftung, ein Drittel AHV und ein Drittel Kantone ist ein Ja an der Urne möglich. Wir müssen nur eine gute Informationskampagne machen.»

*Wer soll sie bezahlen?*

*Die Wirtschaft scheint nach der Uno-Abstimmung keine Lust mehr zu verspüren.*

«Ich bin optimistisch. Wir zählen auf die Hilfswerke, andere Organisationen und auf private Spender. Auch die Banken haben Interesse signalisiert.»

*Kommt der Gegenvorschlag in den Schlussabstimmungen im Parlament überhaupt durch?*

«Ja, davon bin ich überzeugt.»

*Die Fraktionschefin im Clinch mit dem Parteipräsidenten: Haben Sie sich mit Gerold Bührer überworfen?*

«Nein, das ist kein persönlicher Zwist. Nach 28 gleich lautenden Parolen in den Volksabstimmungen der letzten beiden Jahre ist es erst das zweite Mal, dass ich mit Gerold Bührer nicht der gleichen Meinung bin. Das letzte Mal war dies bei der Energie-Grundnorm der Fall, die ich befürwortet habe.»

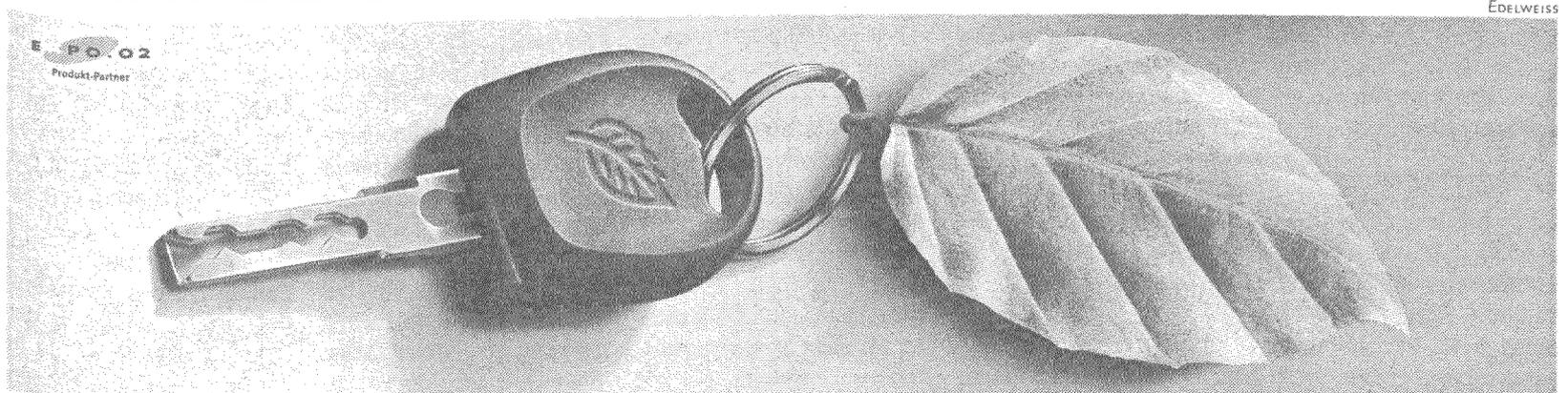
*Sind Sie enttäuscht von Bundesrätin Dreifuss, die neuerdings öffentlich verkündet, die Blocher-Goldinitiative sei besser als nichts?*

«Das ist in verschiedener Hinsicht eine problematische Äusserung. Erstens ist es eine klare Verletzung des Kollegialprinzips. Der Bundesrat hat schliesslich deutlich gegen die Blocher-Initiative Stellung bezogen. Zweitens bestätigt die unglückliche Äusserung die unheilige Allianz zwischen SP und SVP, die in jüngster Zeit Mode wurde.»

*Was haben Sie dagegen?*

«Wir lassen uns deswegen nicht von unseren Konzepten abbringen. Aber diese Entwicklung zeigt, dass beide leichtfertig bereit sind, für ihre Ziele Grundsätze zu opfern.»

Anzeige



Gas geben! [www.erdgas.ch](http://www.erdgas.ch)

erdgas

## Nach Borer nun das Bankkundengeheimnis

### Wechselwirkung: Bundesrätliche Politik und Kampagnenjournalismus

Die Medienkampagne gegen den Schweizer Botschafter in Berlin hat ihre Wirkung erzielt. Der Bundesrat sah sich im Gleichschritt mit der Skandalisierung zum Handeln gezwungen, zulasten der Person Thomas Borer, zulasten der schweizerischen Aussenpolitik und letztlich zulasten des Ansehens der Schweiz im Ausland.

Von FDP-Nationalrat Peter Weigelt, St. Gallen

Obwohl der Fall «Borer» zu den Akten gelegt worden ist, bleiben noch viele Fragen ungeklärt. Gerade in den letzten Tagen wurden wieder Expertenmeinungen angeführt, welche die kompromittierenden Fotos als Fälschung bezeichnen. Wie immer sich die Ereignisse rund um den nächtlichen Besuch in der Schweizer Botschaft ergeben haben. Sicher ist, dass die Privatsphäre des Schweizer Botschafters massiv tangiert wurde, die Medien die Ereignisse skandalisierten und Borer wie auch Aussenminister Deiss in der Krisenkommunikation versagten. Entscheidend bleibt jedoch, dass der mediale Druck und das dadurch provozierte Fehlverhalten der Beteiligten unserer Aussenpolitik und damit dem Ansehen der Schweiz geschadet haben.

#### Auflagesteigerung

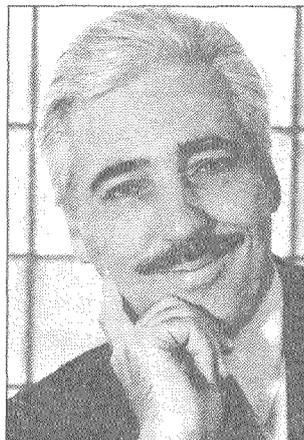
Bekanntlich sinkt in unserer Zeit der Informationsüberflutung die Halbwertszeit von Sensationen dramatisch. Es ist daher nicht verwunderlich, dass nach dem Verblässen der Borer-Geschichte eine neue Kampagne aufgegleist

wird. Ärgerlich ist dabei jedoch, dass wiederum dieselbe Übungsanlage wie im Fall Borer erkennbar wird; dieselben Redaktionen, dieselben bundesrätlichen Mitspieler und letztlich dieselben Verlierer, nämlich die schweizerische Aussenpolitik und damit letztlich die Interessen unseres Landes.

Konkret geht es um die Demontage des schweizerischen Bankkundengeheimnisses. Mit einer fragwürdigen Umfrage wird der Eindruck vermittelt, dass die Schweizerinnen und Schweizer nicht mehr hinter dem Bankkundengeheimnis stehen. Dass dabei in fahrlässiger Art und Weise zwischen einem Bankkundengeheimnis für Ausländer und Schweizer unterschieden wird, ist unseriös, da es eine solche Unterteilung gar nicht geben kann. Unter dem Titel der Nichtdiskriminierung würden Eingriffe in die Privatsphäre von ausländischen Bankkunden auch auf Schweizerinnen und Schweizer durchschlagen, also die Privatsphäre von uns allen tangieren.

#### Repräsentativumfrage?

Im «Sonntags-Blick» vom 28. April wurde eine scheinbar repräsentative Meinungsumfrage zum



Peter Weigelt ist Präsident der Medienkommission der FDP Schweiz.

Bankgeheimnis publiziert, welche sich auf 601 Befragungen in der Deutsch- und Westschweiz beschränkte. Eine Zahl, die für relevante Umfrageergebnisse zur Schweizer Politik klar zu tief liegt. Normalerweise werden rund 1000 qualifizierte Interviews geführt, um schlüssige Aussagen und eine möglichst tiefe Fehlerquote zu gewährleisten.

Im vorliegenden Fall dürfte die Fehlerquote, im Fachjargon Vertrauensintervall genannt, bei einem Ergebnis um 50 Prozent etwa +/- 4 Prozentpunkte betragen. Dies heisst, dass das «richtige» Resultat bei einer 95-prozentigen Wahrscheinlichkeit zwischen 46 und 54 Prozent liegt. Mit anderen Worten, das publizierte Umfrageergebnis zur Aufhebung des Bankgeheimnisses ist mit äusserster Vorsicht zu geniessen. Dies um so mehr, als die Umfrage nicht auf einen klaren Ja- oder Nein-Entscheid ausgelegt wurde,

sondern mehrere Antworten auf wenig präzise Fragen möglich waren.

#### Aus Fehlern nicht gelernt

Wer jedoch erwartet hat, dass der Bundesrat im Umfeld der anstehenden bilateralen Verhandlungen dieser unqualifizierten Darstellung des schweizerischen Bankkundengeheimnisses mit Entschlossenheit und Konsequenz entgegentritt, sah sich einmal mehr enttäuscht. Vielmehr marschiert die Landesregierung offensichtlich wieder im Gleichschritt mit der medialen Kampagne. Die Lehren aus dem Debakel um Botschafter Borer scheinen auf alle Fälle noch nicht gezogen. So scheint man, zumindest aus kommunikativer Sicht, einmal mehr keine fundierte Risikoanalyse vorgenommen zu haben. Denn erneut hat sich der Bundesrat selbst durch vorschnelle Äusserungen einzelner Mitglieder den Handlungsspielraum massiv eingeschränkt. Im Vorfeld der anstehenden Verhandlungen über eine entscheidende Erfolgsposition der Schweiz ist dies nicht nur ärgerlich, sondern fahrlässig. Vor allem scheint man sich in der Landesregierung wie im Fall Borer um die kommunikativen Risiken, insbesondere im Ausland, wenig bis keine Gedanken zu machen. Doch die Signale, die ein bundesrätliches Relativieren des schweizerischen Bankkundengeheim-

nisses ins Ausland senden, sind verheerend, da sie unweigerlich zu einem Vertrauensschwund führen. Vertrauen ist jedoch ein diffiziles Gut, welches nicht nur für ein einzelnes Unternehmen, sondern auch für eine Volkswirtschaft und insbesondere für einen Finanzplatz von entscheidender Bedeutung ist.

#### Eigenständiges Handeln gefordert

Um das Vertrauen in die Schweiz und vor allem in unseren Finanzplatz zu erhalten oder wieder herzustellen, ist eine konsequente und klare Politik gefordert. Eine Politik, welche sich nicht dem Diktat medialer Kampagnen beugt, sondern aufgebauchten Gerüchten, tendenziösen Umfragen und offensichtlichen Fehlinformationen mit Kraft entgegentritt.

Noch ist es Zeit, in Sachen «Kampagne gegen das Bankkundengeheimnis» Selbstbewusstsein und Eigenständigkeit zu dokumentieren. Wenn der aktuelle Gleichschritt von Kampagnenjournalismus und Politik jedoch noch zwei, drei weitere Wochenenden medial prägt, so bleibt nur noch Schadensbegrenzung. Einmal mehr zulasten der Interessen der Schweiz. Diese Schadensbegrenzung erfolgt in der Regel in aller Stille, da in der Arena der Sensationen und Skandale längst neue Kampagnen auf die Schlagzeilen gebucht sind. ■

# Sommeruniversität 2002

19.–23. August 2002 in Neuenburg

Vom 19. bis zum 23. August 2002 findet die achte Sommeruniversität der Jungfreisinnigen und der FDP Schweiz in Neuenburg statt. Die «jf schweiz» und die Mutterpartei bieten politisch interessierten jungen Menschen im Alter zwischen 18 und ca. 35 Jahren die Chance, mit Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft und Medien zu diskutieren. Das Themenspektrum ist breit und reicht von Medienarbeit und Wahlkampf bis zum Wandel der schweizerischen Parteienlandschaft und Fragen der Globalisierung.

Wie trete ich in Medien auf? – Wie erreiche ich politisch meine Altersgruppe? – Gibt es Rezepte gegen die steigenden Gesundheitskosten? – Oder: Öffnet sich im Rahmen der Globalisierung die Schere zwischen Arm und Reich? Bekannte und renommierte Wissenschaftler und Politiker erläutern an der Sommeruniversität der Jungfreisinnigen und der FDP Schweiz ihre Thesen und führen mit den Studentinnen und Studenten die Diskussion. Junge, an Politik interessierte Menschen erhalten an der Sommeruniversität die Gelegenheit, neue Kenntnisse zu erwerben oder bereits mit politischer Arbeit gemachte Erfahrungen zu analysieren und auszuwerten.

Eröffnet wird die Sommeruniversität mit einem Besuch in der Bundesstadt. Bundespräsident Kaspar Villiger empfängt zu einem Gespräch, Nationalrätin Käthy Bangerter lädt zu einer politischen Führung durchs Bundeshaus und Parteipräsident Gerold Bührer und Fraktionspräsidentin Christine Beerli informieren über Vorberei-

tungen auf das Wahljahr 2003. Das Wahljahr ist auch am zweiten Seminartag Thema und wird von Generalsekretär Guido Schommer, dem jf-Präsidenten Daniel Helfenfinger und der Präsidentin der FDP Frauen, Regierungsrätin Marianne Dürst, beleuchtet.

Im Themenkreis Medien und Politik wird Dr. Iwan

Rickenbacher über die Chancen und Risiken der Mediatisierung der Politik sprechen, und Grossrat Thierry Burkart (AG) wird die Komponenten des persönlichen Wahlkampfes vorstellen. Chefredaktor Hanspeter Spörri («Der Bund»), Christian Heeb (Radio Basilisk) und Adolphe Ribordi (Präsident Rhône FM) erläutern die Gesetzmässigkeiten der wirkungsvollen Medienarbeit.

Robert Nef, Leiter des Liberalen Instituts, wird die gängige Vorstellung von der sich im Rahmen der Globalisierung öffnenden Schere zwischen Arm und Reich unter die Lupe nehmen, und Christoph Frei von der Universität St. Gal-

Zum Herausnehmen

len wird

Ideen der politischen Partizipation vorstellen. Die Veränderungen der schweizerischen Parteienlandschaft werden von Claude Longchamp (GfS-Forschungsinstitut) analysiert und kommentiert.

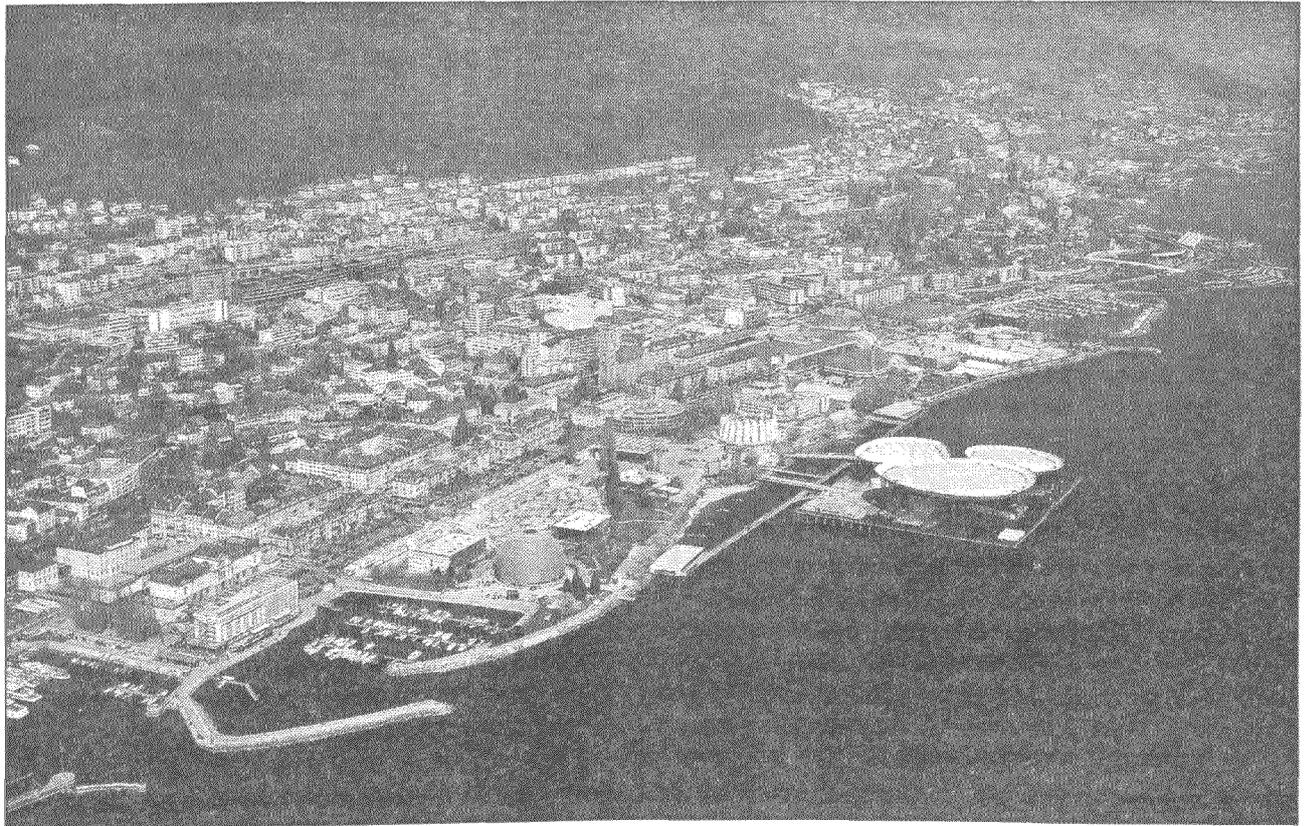
Die Nationalräte Charles-Albert Antille (VS) und Duri Bezzola (GR) präsentieren freisinnige Lösungen in der Migrations- und Verkehrspolitik, Ständerätin Christiane Langenberger (VD) erläutert die Grundzüge einer liberalen Gesundheitspolitik. Die junge Christa Markwalder (Grossrätin BE) und Ex-Nationalrat Ernst Mühlemann (TG) werden mit einem Plädoyer für

politisches Engagement den Schlusspunkt des Seminars setzen.

Das Abendprogramm in Neuenburg ist im Exposommer besonders vielfältig und attraktiv. Neben der Artepilger lockt eine Kreuzfahrt mit Nachessen auf dem Neuenburgersee, ein Ausflug nach Auvernier mit Besuch der Cave du Château sowie eine Besichtigung der Neuenburger Altstadt inkl. Schlossbesuch mit Grossrat Debély.

Die Anmeldung zur Sommeruniversität nimmt das FDP-Generalsekretariat bis spätestens 31. Juli 2002 entgegen.

Post: GS FDP Schweiz, Postfach 6136, 3001 Bern  
Fax: 031 320 35 00  
E-Mail: [henggi@fdp.ch](mailto:henggi@fdp.ch)



Die Sommeruniversität 2002 findet in Neuenburg statt.

Bild Comet

# Programm der jfs/FDP-Sommeruniversität 2002



## Montag, 19. August

Ab 10h00 Individuelle Anreise, Einchecken, Zimmerbezug

11h00 **Eröffnung der Sommeruniversität 2002**

Begrüssung, Vorstellung der TeilnehmerInnen, Erläuterungen zum Programm, Rundgang usw.

■ Bruno Henggi, Fraktionssekretär der FDP Schweiz, Verantwortlicher Sommeruni 02 (d+f)

11h30 **Vorbereitung Besuch Bundesstadt – Gespräch mit Bundespräsident Villiger**

■ Bruno Henggi

12h15 Mittagessen

14h00 Neuenburg SBB ab

14h39 Bern SBB an

15h00 **Besuch Bundeshaus – Führung**

■ NR Käthi Bangerter, FDP/BE (d+f)

16h00 **Gespräch mit Bundespräsident Kaspar Villiger** (d+f)

17h00 **Wahljahr 2003 Die freisinnige Schweiz 2003–2007**

■ NR Gerold Bühler, Präsident FDP Schweiz (d+f)

■ SR Christine Beerli, Präsidentin der FDP-Fraktion der Bundesversammlung (d+f)

19h00 Bern SBB ab

19h46 Neuenburg SBB an

20h00 Nachtessen individuell

Abend zur freien Verfügung



## Dienstag, 20. August

09h00 **Politik und Medien  
Mediatisierung der Politik**

■ Dr. Iwan Rickenbacher, Kommunikationsberater (d+f)

10h30 **Erfolgreiche Medienarbeit**

■ Hanspeter Spörri, Chefredaktor «Der Bund» (d+f)

12h15 Mittagessen

13h30 **Wahljahr 2003  
Politischer Tour d'horizon**

■ Guido Schommer, Generalsekretär FDP Schweiz (d+f)

■ Daniel Helfenfinger, Präsident jfs (d+f)

15h15 **Ziele der FDP-Frauen /  
Erfahrungen als Regierungsrätin**

■ RR Marianne Dürst-Kundert, Präsidentin FDP-Frauen (d+f)

17h00 **Stadtbummel Neuenburg**

■ Roland Debély, Grossrat FDP/NE

Ab 18h00 Freier Ausgang



## Mittwoch, 21. August

09h00 **Führen eines persönlichen  
Wahlkampfes**

■ Thierry Burkart, Grossrat FDP/AG (d+f)

10h30 **Erfolgreiche Medienarbeit**

■ Christian Heeb, Radio Basilisk (d) (angefragt)

■ Adolphe Ribordi, Président du Conseil d'administration de Rhône FM et rédacteur en chef du Confédéré (f)

12h15 Mittagessen

13h30 **Globalisierung und Liberalismus  
Öffnet sich die Schere zwischen Arm und Reich?**

■ Robert Nef, Leiter Liberales Institut (d+f)

15h00 **Globalisierung und Partizipation**

■ Christoph Frei, Lehrbeauftragter Universität St.Gallen (d+f)

20h00 **Gemeinsame Schifffahrt auf dem  
Neuenburgersee mit Nachtessen**



## Donnerstag, 22. August

09h00 **Schweizer Parteienlandschaft  
im Umbruch?**

■ Claude Longchamp, GfS-Forschungsinstitut (d+f)

11h00 **Freisinnige Sachpolitik:  
Migrationspolitik**

■ NR Charles-Albert Antille, FDP/VS (angefragt)

12h15 Mittagessen

13h30 **Freisinnige Sachpolitik:  
Verkehrspolitik**

■ NR Duri Bezzola, FDP/GR

15h00 **Freisinnige Sachpolitik:  
Gesundheitspolitik**

■ SR Christiane Langenberger, FDP/VD

17h00 **Besuch des Cave du Château  
d'Auvernier**

18h30 **Nachtessen im Restaurant  
Le Croquignolet in Auvernier**



## Freitag, 23. August

09h00 **Auswertung der  
Sommeruniversität 2002**  
Rückblick, Kommentar, Ausblick

■ Bruno Henggi

09h30 **Engagement für die FDP –  
Politik aus Leidenschaft**

■ Christa Markwalder, Grossrätin FDP/BE

■ Ernst Mühlemann, Ex-Nationalrat FDP/TG

11h30 Apéro

# Sommeruniversität der Jungfreisinnigen und der FDP Schweiz

Montag, 19. August, bis Freitag, 23. August 2002, Université de Neuchâtel

	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag
<b>Vormittag</b>	<p>11.00 Uhr Begrüssung</p> <p>11.30 Uhr Vorbereitung Besuch Bundesstadt</p>	<p>9.00 Uhr <b>Politik und Medien Mediatisierung der Politik</b> Dr. I. Rickenbacher, Kommunikationsberater</p> <p>10.30 Uhr <b>Wirksame Medienarbeit</b> H.P. Spörri, Chefredaktor «Der Bund»</p>	<p>9.00 Uhr <b>Führen eines persönlichen Wahlkampfes</b> T. Burkart, Grossrat FDP/AG</p> <p>10.30 Uhr <b>Wirksame Medienarbeit</b> Ch. Heeb, Radio Basilisk (angefragt) A. Ribordi, Confédération</p>	<p>9.00 Uhr <b>Schweizer Parteienlandschaft im Umbruch?</b> C. Longchamp, GfS-Forschungsinstitut</p> <p>11.00 Uhr <b>Freisinnige Sachpolitik: Migrationspolitik</b> NR C. Antille FDP/VS (angefragt)</p>	<p>9.00 Uhr Rückblick/Bewertung</p> <p>9.30 Uhr <b>Engagement für die FDP – Politik aus Leidenschaft</b> Ch. Markwalder, Grossrätin FDP/BE</p> <p>11.00 Uhr E. Mühlemann, Ex-Nationalrat FDP/JG</p>
<b>12.15 Uhr Mittagessen</b>					<b>Apéro</b>
<b>Nachmittag</b>	<p>15.00 Uhr <b>Besuch Bundesstadt Führung Bundeshaus</b> NR K. Bangerter FDP/BE</p> <p>16.00 Uhr <b>Gespräch mit Bundespräsident K. Villiger</b></p> <p>17.00 Uhr <b>Wahljahr 2003</b> Die freisinnige Schweiz 2003–2007: Parteipräsident G. Bühler, Fraktionspräsidentin Ch. Beerli</p>	<p>13.30 Uhr <b>Wahljahr 2003</b> Politischer Tour d'horizon mit Generalsekretär G. Schommer und Präsident jfs D. Helfenfinger</p> <p>15.15 Uhr <b>Wahljahr 2003</b> Ziele der FDP-Frauen RR M. Dürst FDP/GL</p> <p>17.00 Uhr Stadtbummel Neuenburg R. Debély, FDP/NE</p>	<p>13.30 Uhr <b>Globalisierung und Liberalismus</b> Öffnet sich die Schere zwischen Arm und Reich? R. Nef, Leiter Liberales Institut, Chefredaktor «Schweizer Monats- hefte»</p> <p>15.00 Uhr <b>Globalisierung und Partizipation</b> Ch. Frei, Lehrbeauftragter Universität St. Gallen</p>	<p>13.30 Uhr <b>Freisinnige Sachpolitik: Verkehrspolitik</b> NR D. Bezzola FDP/GR</p> <p>15.00 Uhr <b>Freisinnige Sachpolitik: Gesundheitspolitik</b> SR Ch. Langenberger FDP/VD</p>	
<b>Abend</b>	<p>Ca. 20.00 Uhr Rückkehr nach Neuenburg individuelles Nachtessen</p>	<p>Freier Ausgang</p>	<p>20.00 Uhr Kreuzfahrt und Nachtessen auf dem Schiff</p>	<p>Nachtessen in Auvernier</p>	

## Fristenregelung ja oder nein?

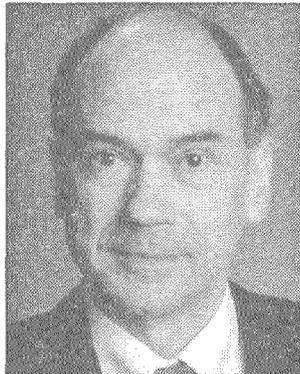
*Ein Dilemma kann man zumindest regeln*

Ein Dilemma charakterisiert sich dadurch, dass es dazu keine allgemein richtige Lösung geben kann. Es erfordert eine Abwägung der verschiedenen Möglichkeiten und gestützt darauf einen Entscheid, den man im Wissen auf seine Unvollkommenheit am besten verantworten kann. Ein Dilemma ist also ein Problem, das man zwar nicht lösen kann, das man aber wenigstens regeln sollte.

Von FDP-Ständerat Peter Briner, Schaffhausen

Genau so stellt sich für viele von uns die Frage zur Neuregelung des Schwangerschaftsabbruchs. Auch wer persönlich den Abbruch einer Schwangerschaft nicht befürworten kann – und dazu gibt es gute Gründe –, muss sich fragen, ob er oder sie

diese ehrenwerte Haltung auf andere, auf die ganze Gesellschaft übertragen darf. Es geht in diese wohl einer der schwierigsten und persönlichsten Angelegenheiten um Fragen von Religion, Ethik und Moral einerseits, aber auch um die verschiedensten Lebensbiographien und Schicksale. Und da fällt es schwer, von sich und seiner



Sorgfältiges Abwägen führt für Peter Briner zu einem überzeugten Ja.

vielleicht heilen Umgebung auf andere zu schliessen.

### Entkriminalisieren

Bei der Abstimmung zur Fristenregelung geht es

nicht um den Schwangerschaftsabbruch ja oder nein. Auch heute werden in der Schweiz etwa 12000 Schwangerschaften abgebrochen trotz einem der restriktivsten Gesetze. Es geht um die Frage, ob wir die sich in einer schwierigen Notlage befindenden Frauen auch noch im Sinne des Strafrechtes kriminalisieren wollen oder nicht. Dies und nur dies entscheiden wir am 2. Juni an der Urne. Keine Frau wird sich leichtfertig für eine Abtreibung entscheiden. Notlagen und Konfliktsituationen ohne sichtbaren Ausweg können zur Gewissensfrage führen, die einem nie-

mand abnehmen kann, auch der Staat, auch das Gesetz nicht. Oder sollten diese leidgeprüften Menschen etwa noch durch ein Gerichtsverfahren verurteilt werden? Diese Fragestellung ist gerade auch aus kirchlicher Sicht mit Nein zu beantworten.

### Scheinheiligkeit nicht zementieren

Im Übrigen klaffen heute Recht und die gesellschaftliche Realität und Praxis weit auseinander. Das Gesetz wird nicht eingehalten. Seit Jahrzehnten wurde keine Verurteilung mehr ausgesprochen. Mit einem Nein würde dieser Unrechtszustand, diese Scheinheiligkeit bis auf weiteres zementiert.

### Selbstverantwortung klar definieren

Mit der zur Abstimmung gelangenden Fristenregelung werden klare Vorgaben gesetzt vom schriftlichen Nachweis einer Notlage über die ärztliche Beratung bis zur 12-wöchigen Frist. – Man schützt das Leben besser, indem man die Selbstverantwortung definiert und darauf baut, als wenn man den Kopf in den Sand steckt.

Die Nachteile des Status quo überwiegen. Deshalb: Ja zur Fristenregelung. ■

## Luzern: zwei Kulturen unter einem Dach

*Eisengasse 15, Geheimtipp weltoffener Feinschmecker*

Mitten in der Luzerner Altstadt, nördlich des Rathauses, stossen immer mehr Feinschmecker auf das Restaurant Chibouchee. Typisch für diesen Treffpunkt ist, dass es die Fondueliebhaber auch unter dem Namen «Spycher Fondue-House» kennen.

Dass der Luzerner Restaurateur Hans Wanner ständig bemüht ist, «zwei Kulturen unter einem Dach» zu vereinen, zeigt sich bereits beim Betreten seiner Gaststätte. Entweder wird der Gast von ihm persönlich oder seiner Gattin (sie stammt aus dem fernen Osten) begrüsst. Zwei Kulturen darum, weil der waschechte und vielgereiste Schweizer mit seiner Gattin ein Team bildet, welchem die Pflege des De-

tails erstes Gebot ist. Nicht nur das. Auf ihrer Menükarte macht sich deutlich, dass sie ständig bemüht sind, neue Menukombinationen zu kreieren, welche die schweizerische und die fernöstliche Esskultur einander näherbringen.

Die weltoffene und liberale Haltung Hans Wanners bestärkt sich auch darin, dass er in seinem Haus, in Zusammenarbeit mit einer Hotelfachschule, jungen



Der weltoffene Hans Wanner.

Leuten aus der ganzen Welt Gelegenheit gibt, praktische Erfahrungen zu sammeln. «Diese Art der Ausbildung», so Wanner,

«garantiert unserem Lande immer wieder beste Werbeträger.» Dies dürfte mit ein Grund sein, dass das «Chibouchee» immer mehr zum Treffpunkt liberaler Geister aus der ganzen Schweiz wird. ■

Anzeige

www.fango.ch  
Aus Liebe zur Gesundheit

## Es muss nicht immer Bern sein!

### Generalversammlung 2002 der FDP-Frauen Schweiz erstmals in Glarus

Eine Woche nach der Glarner Landschaftsgemeinde lud die Präsidentin Marianne Dürst-Kundert, Regierungsrätin GL, zur erstmals von ihr geleiteten Generalversammlung nach Glarus ein. Der Beschluss der Geschäftsleitung, Anlässe

in den Regionen durchzuführen, wird offensichtlich von den Delegierten begrüsst. Rund 80 FDP-Frauen aus allen Regionen der Schweiz, auch aus dem Tessin und der Romandie, folgten der Einladung ins Glarnerland.

Keine Frau fasst diesen Entscheid leichtfertig. Aber wenn schon, dann sollte sie diesen schwierigen Entscheid in Kenntnis der Straffreiheit treffen können. Es geht auch darum, die Rechtsungleichheit unter den Kantonen abzuschaffen. Die Bundeskanzlerin hofft, dass sich die FDP-Frauen auch weiterhin für optimale Bedingungen einsetzen werden, damit viele Kinder in guten Verhältnissen geboren werden und aufwachsen können. Die Rahmenbedingungen der Familienpolitik sind hier massgebend, und auch eine Verbesserung der Steuerpolitik für Ehepaare mit Kindern ist notwendig. Die FDP-Frauen

Schweiz fassten danach einstimmig die Ja-Parole. Ebenso einstimmig fassten sie die Nein-Parole zur Volksinitiative «für Mutter und Kind».

#### Spontane Sammlung

Doris Wobmann vom FDP-Generalsekretariat konnte nach einer spontanen Topfkollekte mit einer grosszügigen Spende an das Komitee «Ja zur Fristenregelung» nach Bern zurückreisen.

Nach der guten und zuversichtlich gestimmten Generalversammlung zerstreuten sich die Teilnehmerinnen in alle Regionen der Schweiz, um dort ihre politische Arbeit engagiert fortzusetzen. ■

Von Betty Fahrni-Jones,  
Amriswil

Gastreferentin war Bundeskanzlerin Annemarie Huber-Hotz. Daniel Helfenfinger, Präsident der Jungfreisinnigen Schweiz, ermunterte die FDP-Frauen, sich für ihre eigene Meinung und ihre Anliegen innerhalb der FDP mit Überzeugung einzusetzen.

#### Reorganisation

In ihrem Jahresbericht stellte die Präsidentin klar, dass ihr erstes Präsidialjahr nicht so verlief, wie sie sich das vorgestellt hatte. Die desolante Finanzlage der FDP-Frauen Schweiz und die zeitlichen Grenzen der ehrenamtlichen Mitarbeit der Mitglieder der Geschäftsleitung verlangten nach einer Neuorganisation, um Schwächen in der Administration zu beseitigen. Mit der Schaffung eines eigenen Sekretariats werden künftig die Mitglieder der Geschäftsleitung entlastet. Sie werden so mehr Zeit haben, um sich verschiedensten Themen zu widmen. Die Sekretariatsarbeiten erledigt neu Alice Disch-Zimmermann, GL, die auch an der Versammlung gewählt wurde. Neu werden die Finanzen von Esther Maria Studer, BE, betreut. Die Mitglieder

der Geschäftsleitung haben ein Jahr lang ohne Entschädigung für die Sitzungen und Spesen gearbeitet, um so die Finanzen wieder ins Lot zu bringen. Somit konnten Schulden zurückbezahlt werden. Die FDP-Frauen Schweiz sind zwar nach diesen Massnahmen nicht gerade wohlhabend, aber immerhin wieder solvent.

#### Drei Rücktritte

Aus der Geschäftsleitung zurückgetreten sind Cornelia Muster, BE, Marianne Zbinden, AG, und die ehemalige Präsidentin Sibylle Burger-Bono, BE, die noch während eines Jahres weitergemacht hatte. Diesen engagierten Frauen dankte die Präsidentin für ihren Einsatz herzlich und würdigte ihre Mitarbeit.

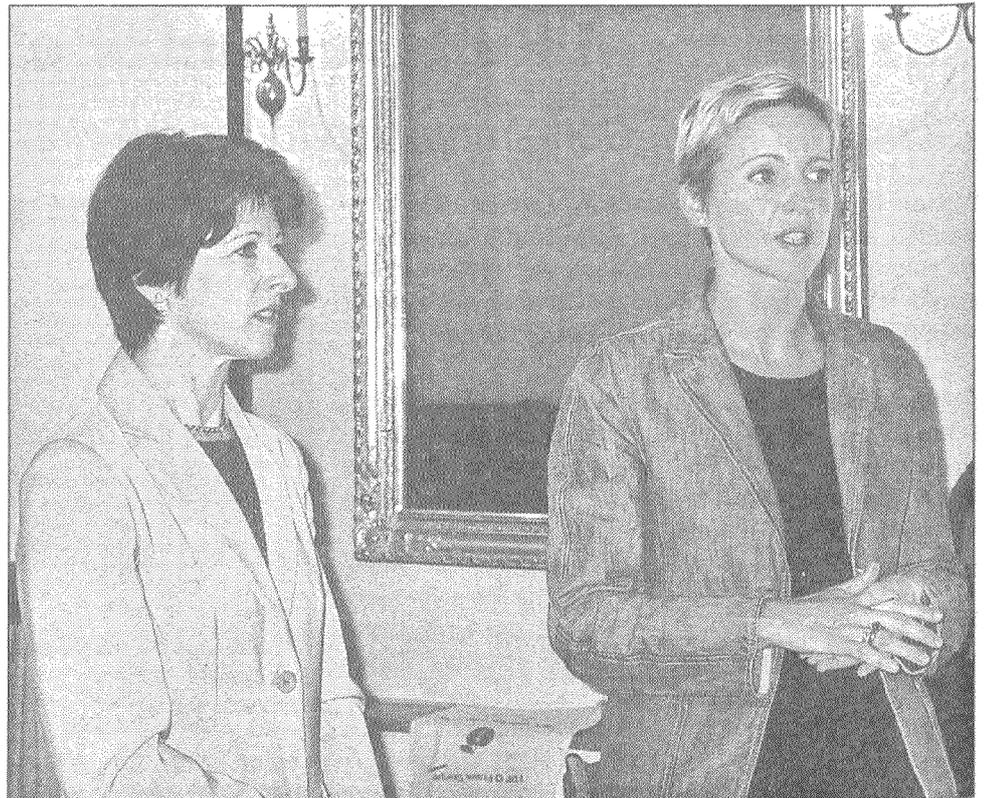
#### Neue Statuten

Mit einer Statutenänderung wurden die Resultate der im letzten Jahr durchgeführten konsultativen Umfrage bei den FDP-Präsidentinnen umgesetzt. Der bisherige Zentralvorstand wurde damit aufgelöst, und an seine Stelle tritt neu die Präsidentinnen-Konferenz. Es sind zurzeit 33 Frauen-Parteien in dieser Konferenz vertreten. Dies stellt eine bessere Vernetzung sicher und eine breitere Abstützung in der

politischen Basis. Die Stimmrechtsverhältnisse sind nach der Anzahl Mitglieder der einzelnen Gruppierungen geregelt.

#### Einstimmige Ja-Parole für die Fristenregelung

Bundeskanzlerin Annemarie Huber-Hotz lief offene Türen ein mit ihrem Appell für die Fristenregelung ein Ja in die Urne zu legen. Sie stellte klar, dass ein Ja zur Fristenregelung nicht ein Ja zu Abtreibungen nach Lust und Laune bedeutet.



Bundeskanzlerin Annemarie Huber-Hotz referierte zur Abstimmung über die Fristenregelung. Präsidentin Marianne Dürst-Kundert (rechts), Glarner Regierungsrätin, leitete ihre erste Generalversammlung souverän.

Bilder zVG

Anzeige



Alice Disch-Zimmermann (rechts) übernimmt die Sekretariatsaufgaben.



Präsident Daniel Helfenfinger überbrachte die Grüsse der Jungfreisinnigen Schweiz.

## «Meineid guet!»

Die FDP-Frauen Schweiz möchten sich bei den folgenden Sponsoren für die grosszügige Unterstützung bedanken:

- Hotel Glarnerhof, Glarus
- Conditorei H. Jenny, Ennenda,
- Café Conditorei Cornetto, Glarus
- Buchhandlung Baeschlin, Glarus
- Ruth Schubiger, Warenhaus Schubiger, Glarus
- FDP-Frauen Kanton Glarus

Im urchigen Glarnerdialekt heisst grosszügig «meineid guet!» – herzlichen Dank.



Aufmerksame Delegierte aus dem Kanton Zürich.

## rundum wohl - mit Trybol

Natürlich

kräuterfrisch

mit Kamille

mit Grüntee

Härtet Zahnschmelz

Karies-Prophylaxe

# Trybol

natürliche Schweizer Mundpflege - seit 100 Jahren



Vera Ninck, Präsidentin der FDP-Frauen Kanton Bern.

## Renaissance der sozialen Marktwirtschaft

Fachtagung der FDP Schweiz zum neuen FDP-Wachstumspapier

Die FDP wird am 22. Juni 2002 an einer öffentlichen Fachtagung ihr neues wirtschaftspolitisches Papier diskutieren, in dessen Mittelpunkt eine griffige Wachstumspolitik steht. Wesentliche Begründung dieser konsequent auf Wachstum ausgerichteten Politik sind das Ziel der Anhebung des Wohlstands für alle und das Leitbild einer Schweiz

als «freiheitliche Chancengesellschaft», die neue Chancen für alle eröffnet. Den Weg hierzu soll ein neuer «*contrat économique*» des Vertrauens zwischen Bürgern, Unternehmen, Konsumenten, Investoren und der Politik ermöglichen. Im Mittelpunkt der Tagung wird die Diskussion der einzelnen Ziele und der dazugehörigen Massnahmen stehen.

Von Andreas Müller,  
GS FDP Schweiz

Die Aktualisierung der FDP-Wirtschaftspolitik berücksichtigt insbesondere folgende wesentliche Entwicklungen:

1. Die Wachstumsschwäche der Schweiz im Vergleich zu den andern OECD-Staaten, insbesondere im letzten Jahrzehnt. Das Trendwachstum ist ungenügend. Die Schweiz muss zu einem kräftigen Wachstumspfad zurückfinden. Für die FDP ist es prioritäre Aufgabe der Politik, eine breit angelegte, konsistente Wachstumspolitik zu definieren und umzusetzen. Wir brauchen ein steigendes Trendwachstum.
2. Der demographische Wandel heute und in Zukunft. Der bisherige Wohlstand ist geprägt von der im Vergleich zu den OECD-Ländern überdurchschnittlich hohen Erwerbstätigenquote. Die zu erwartende demographische Entwicklung wird sich ohne Gegenmassnahmen negativ auf das Wirtschaftswachstum auswirken.

Diese Herausforderung ist anzugehen.

Das Wirtschaftswachstum hängt entscheidend von der Erwerbstätigenquote und der Arbeitsproduktivität ab. Die FDP will diese beiden Pfeiler unseres Wachstums und unseres Wohlstands im Lichte der beiden obenstehenden Entwicklungen nachhaltig stärken. Neben dem Erhalt einer hohen Erwerbstätigenzahl bedeutet dies vor allem eine Steigerung der Arbeitsproduktivität. Zum Erhalt der Erwerbstätigenzahl tragen vor allem Arbeitsmarktpolitik, Familienpolitik und Migrationspolitik bei. Zur Steigerung der Arbeitsproduktivität tragen Wettbewerb, mehr Freiraum, Bildungs-, Finanz-, Steuer- und Sozialpolitik in wesentlichem Masse bei.

### Leitbild «Freiheitliche Chancengesellschaft»

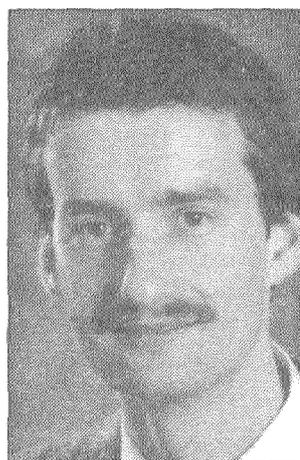
Die demographischen Trends weisen klar darauf hin, dass die Schweiz, wie auch das umliegende Europa, eine alternde, eine tendenziell kaum wachsende Gesamtbevölkerung und vor allem eine kleinere Zahl von Personen im erwerbsfähigen Alter haben wird. Wer eine zukunftsgerichtete, neue Wirtschafts-

politik entwickeln will, kommt nicht umhin, diese demographischen Trends, die schon heute klar erkennbar sind, gebührend zu berücksichtigen. Die FDP geht diesen Wandel positiv an. Die höhere Lebenserwartung wie auch der subjektiv häufig weniger schnell verlaufende Alterungsprozess sind ein zu begrüssender gesellschaftlicher Fortschritt. Das Entstehen dieser «neuen Gesellschaft» bringt viele neue Lebens- und Zukunftschancen, die es zu nutzen und zu ermöglichen gilt: Die Schweiz kann und soll zu einer Chancengesellschaft werden. Ein Land der Chancen für alle.

Gefragt sind in dieser «Chancengesellschaft» insbesondere mehr Beteiligungschancen: Alle werden gebraucht, niemand soll ausgegrenzt werden. Wir müssen künftig soziale Gerechtigkeit sehr viel stärker als Teilhabegerechtigkeit und weniger als Verteilungsgerechtigkeit verstehen.

### Warum eine Wachstumspolitik?

Allerdings sind die notwendigen Rahmenbedingungen für diese «Chancengesellschaft» erst zu schaffen.



Andreas Müller ist Leiter des politischen Sekretariates, GS FDP Schweiz.

Bild zVg

Dazu gehört für die FDP vor allem das Sichern eines nachhaltigen Wirtschaftswachstums auch in Zukunft. Die Schweiz braucht hierzu eine breit angelegte Wachstumspolitik. Wachstum ermöglicht den Wohlstand für alle, es hebt «das ganze Boot». Gleichzeitig eröffnet nachhaltiges Wirtschaftswachstum grössere Entwicklungschancen für alle und hilft mit, den Sozialstaat zu sichern. Wachstumspolitik ist die beste Antwort auf die demographischen Herausforderungen, denn sie mildert den Anpassungsdruck.

Die Schweiz soll auch im 21. Jahrhundert eine führende Wirtschaftsnation sein. Wir wollen mit unserer Wachstumspolitik die Bedingungen dafür schaffen, dass jeder in der Schweiz seine Chancen nutzen kann. Grundlage dafür sind Eigentum, Selbständigkeit, Geldwertstabilität und eine faire Wettbewerbsordnung für

kleine, mittlere und grosse Unternehmen.

### Der freiheitliche Weg zu mehr Wachstum: Ein neuer «*contrat économique*» des Vertrauens

Hinter einem dauerhaften Wachstum stehen der Wunsch und die Bereitschaft aller Arbeitnehmer, Unternehmen, Konsumenten und Investoren, ihre Arbeitskraft anzubieten, neue Güter und Dienstleistungen zu entwickeln, neuartige Produkte zu kaufen und in bestehende oder neue Firmen zu investieren. Eine wachstumsorientierte Politik muss diesem einfachen Umstand Rechnung tragen: Die Arbeitnehmer müssen auf eine hochwertige Ausbildung, die Unternehmen auf freie Entfaltungsmöglichkeiten, die Konsumenten auf einen wirksamen Wettbewerb und die Investoren auf eine angemessene Abgeltung ihrer Risiken zählen können.

Die Politik kann das Wirtschaftswachstum nicht anordnen. Der Staat kann nicht heute befehlen, dass die Unternehmen morgen mehr produzieren und die Konsumenten mehr konsumieren müssen. Mit der Koordination der unterschiedlichsten Bedürfnisse von Millionen von Konsumenten und Arbeitnehmern, von hunderttausenden Unternehmen und von unzähligen Sparern und Kapitalgebern wären die Politiker und die Verwaltung hoffnungslos über-

Fortsetzung auf Seite 19

Fortsetzung von Seite 18

fordert. Nur Marktprozesse können diese Aufgabe zu friedienstellend lösen. Dazu gehört ein «contrat économique» des Vertrauens zwischen Bürgern, Konsumenten, Unternehmen, Investoren und der Politik.

Grundlage dieses «contrat économique» ist der Gedanke der Unzertrennbarkeit von Freiheit und Verantwortung. Dem Bürger, Unternehmer, Konsumenten, dem Investor werden zwar möglichst weit reichende Freiheiten gegeben; als Gegenleistung wird allerdings eine dementsprechende Verantwortung erwartet. Für die FDP ist Grundlage dieses Vertrags die Einsicht, dass die Chancen des Einzelnen und die Chancen aller im Zusammenhang stehen.

## Renaissance der sozialen Marktwirtschaft

Die Globalisierung, Digitalisierung und Individualisierung der Gesellschaft zeigen, dass eine Allzuständigkeit von Politik und Staat weniger denn je die richtige Antwort ist. Die richtige Antwort ist eine Doppelstrategie der Politik. Sie muss an den richtigen Stellen eingreifen und an den richtigen Stellen loslassen. Hierzu braucht es politischen Mut. Die FDP wird am 22. Juni 2002 an ihrer Fachtagung das neue Wachstumspapier und insbesondere die dazugehörigen Ziele und die entsprechenden Massnahmen diskutieren.

Es braucht eine «Renaissance der sozialen Marktwirtschaft», die den Weg zu neuem Wachstum ebnet.

## Programm

### Fachtagung zur Wachstumspolitik

**Samstag, 22. Juni 2002, Espace de l'Europe 10, Neuenburg**

(Bundesamt für Statistik; 5 Minuten zu Fuss vom Bahnhof)

10.10 Uhr Start der Veranstaltung. Einführung Präsident FDP Gerold Bühler

10.15 Uhr **Determinanten des Wirtschaftswachstums** («Wachstumsbericht»)

■ Referat: Staatssekretär Dr. David Syz, Direktor seco

10.30 Uhr **Die demographische Herausforderung**

■ Referat: Dr. Adelheid Bürgi-Schmelz, Direktorin Bundesamt für Statistik

10.45 Uhr **Zentrale Elemente des FDP-Wachstumspapiers**

■ Referat: NR Johann N. Schneider, Präsident FDP-Wirtschaftsausschuss

11.00 Uhr Pause

Moderation in der Folge: NR Johann N. Schneider

11.30 Uhr **Themenbereich 1: Wettbewerb, Steuern, Finanzen, Infrastruktur**

■ Themen: Wettbewerb, Steuern, Bildung, Infrastruktur

■ Diskussionsteilnehmer: Beat Kappeler, Rudolf Hug (Grossrat FDP AG) als KMU-Vertreter, NR Charles Favre, Mitglied Wirtschaftsausschuss, Konsumentenvertreterin/Arbeitnehmervertreter, Vertreter (exportorientierter) Grosskonzern

■ Fragen, Statements aus dem Publikum

12.30 Uhr **Themenbereich 2: Bildung, Migration, Sozial- und Familienpolitik**

■ Themen: Frauenerwerbsarbeit, Migration, 4. Säule (Altersteilzeitarbeit), Bildung

■ Diskussionsteilnehmer: Thomas Held, NR Christine Egerszegi, Präsidentin FDP-Sozialausschuss, SR Michèle Berger, Präsidentin Pro Familia, SR Christiane Langenberger, Präsidentin FDP-Bildungsausschuss, Dr. Peter Hasler (Direktor Arbeitgeberverband)

■ Fragen, Statements aus dem Publikum

13.30 Uhr **Schlussvotum** durch Parteipräsident NR Gerold Bühler

**Mittagsbuffet** (Kosten zulasten Teilnehmer)

**Nachmittag** (freiwillig): **Expo-Besuch**

**Zielpublikum der Veranstaltung:**

FDP-Fraktion, Delegierte, FDP-Mitglieder

(Teilnehmerzahl beschränkt, bitte frühzeitig anmelden!)

## Anmeldung

Wir erwarten Ihren Anmeldungseingang bis **19. Juni 2002** an:

FDP-GS, Neuengasse 20, Postfach 6136, 3001 Bern, Fax 031 320 35 00, E-Mail: gs@fdp.ch

**Ja, ich nehme am Mittagsbuffet teil** (bitte ankreuzen)

Name/Vorname: \_\_\_\_\_

Strasse/Nr.: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_

Datum/Unterschrift: \_\_\_\_\_

## Sekretäre auf der Schulbank

Sieben Sekretäre trafen sich am 2. Mai 2002 in St. Gallen

Im St. Galler FDP-Sekretariat fand eine regionale Sekretärenkonferenz statt, die vor allem dem Gedankenaustausch unter den Ostschweizer Kantonen diente. Dieser Tag bot aber auch jenen Deutschschweizer Sekretären eine Alternative, welche am Seminar vom 3. Mai in Zürich nicht dabei sein konnten.

Auf Einladung des St. Galler Sekretärs, Felix Keller, fand ein Gedankenaustausch unter sieben Sekretärinnen und Sekretären statt. Dabei brachten alle ihre in letzter Zeit hergestellten Drucksachen mit.

### Immer mehr Zeitungsfusionen

Die Durchsicht dieser Druckerzeugnisse machte deutlich, dass die Kantonalparteien sich immer mehr an die Gestaltungsvorgaben der FDP Schweiz

halten. Gerade diese Tatsache – insbesondere bei Inseraten – wird wegen der häufigen Zeitungsfusionen immer wichtiger. So wird es in Zukunft unumgänglich sein, dass die Inserate verschiedener Kantonalparteien in der gleichen Zeitung erscheinen. Dies macht es wohl nötig, dass die FDP-Inserate gleich gestaltet sind. Es muss aber auch deutlich sichtbar sein, von welcher Kantonalpartei sie stammen. Dies ist für den Leser darum wichtig, weil er auf

den ersten Blick erkennen muss: «Das ist ein FDP-Inserat aus dem Kanton X oder Y!»

### Thomas Borer am Parteitag

Aber auch Ideen konnten ausgetauscht werden, wie aktuelle Themen attraktiv angegangen werden können. Ein Beispiel aus dem Kanton St. Gallen gab Felix Keller zum Besten: «Wir haben Thomas Borer zu unserem Parteitag eingeladen. Wir haben an dieser Einladung festgehalten, auch wenn er nicht mehr im Dienst des EDA steht. Wir sind überzeugt, dass dieser Parteitag ein Medienereignis sein wird und in die Parteigeschichte eingehen wird.» ■



Felix Keller, der St. Galler Kantonssekretär, freute sich, dass sieben Kolleginnen und Kollegen am regionalen Gedankenaustausch teilnahmen.



Der Vergleich der Druckerzeugnisse aus den verschiedenen Kantonen brachte zutage, dass man bei verbessertem Austausch das eine oder andere «abkupfern» könnte.

Bilder rus



Karikatur Andreas Töns

## Kantonalparteien rüsten sich für die Wahlen

*Verschiedene Kantone haben ihre Wahlkampfleiter bereits bestimmt*

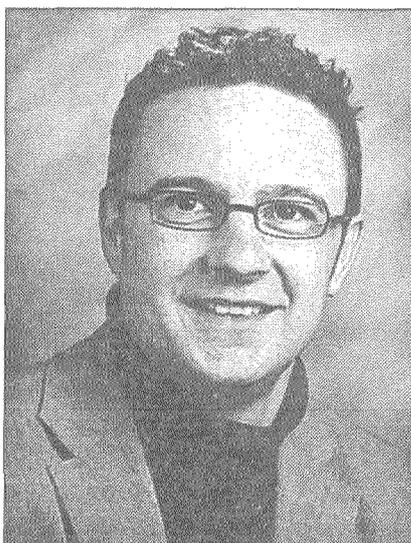
Nachstehend stellt der «Freisinn» die ersten sechs Wahlkampfleiter aus den Kantonen Bern, Baselland, Glarus, St. Gallen, Thurgau und Zürich vor. Dabei geht es nicht allein darum, diese Herren bildlich vorzustellen. Noch wichtiger sind deren Adressen. So wird es möglich, gegenseitig die guten Ideen auszutauschen. Dies umso mehr, als so vermieden werden kann, dass jeder kantonale Wahlstab «das Rad neu erfinden» muss.

### Bern



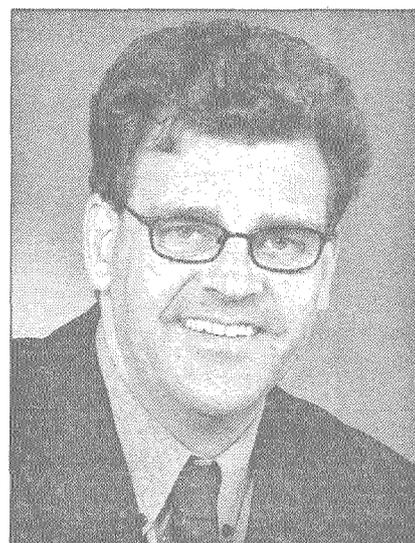
**Hannes Treier**  
Schwarztorstrasse 56  
Postfach, 3007 Bern  
T 031 387 37 97  
N 079 411 16 57  
treier@reflecta.ch

### Baselland



**Michael Herrmann**  
Enggässli 189  
4495 Zeglingen  
T 061 981 60 52

### Glarus



**Roland Schubiger**  
Hauptstrasse 48, 8750 Glarus  
TP 055 640 20 72  
TG 055 645 30 30  
TF 055 645 30 49  
praesident@fdp-gl.ch

### St. Gallen



**Jakob Göldl**  
Ringelbergstrasse 14 a  
9000 St. Gallen  
TP 071 223 12 78  
T Sekr. 071 222 45 45  
F Sekr. 071 222 45 48  
sekretariat@fdp-sg.ch

### Thurgau



**Hermann Hess**  
Kirchstrasse 13  
8580 Amriswil  
T 071 414 05 05  
F 071 414 05 00

### Zürich



**Jean Marc Hensch**  
Farner PR  
Oberdorfstrasse 28  
8001 Zürich  
T 01 266 67 67  
F 01 266 67 00  
G hensch@farner.ch  
P jean-marc@hens.ch

### Zur Erinnerung:

Am Freitag, 7. Juni 2002, findet von 16.30 bis 18.30 Uhr im FDP-GS Bern die Wahlkampfleiter-/Sekretärensitzung statt.

## Sekretären-Seminar in Zürich

*Das Referat von Andreas Blum stand im Mittelpunkt*

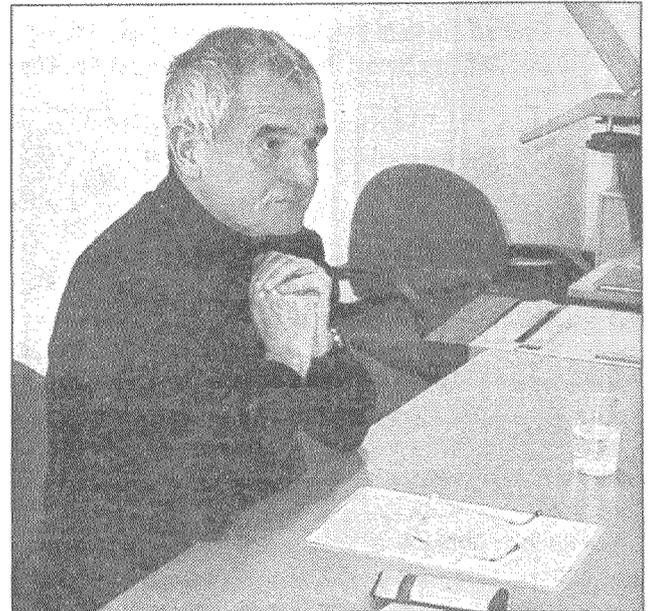
**Am 3. Mai fanden sich die Deutschschweizer Sekretäre zu einem Seminar im Hause der economie-suisse in Zürich ein. Dabei ging es darum, wie mit Fragen umgegangen wird, welche täglich auf den Tisch der Kantonalsekretariate flattern können.**

Zu Beginn referierte Andreas Blum, der frühere Direktor von Radio DRS, zum Thema «Bewältigung von Konfliktsituationen». Dabei ging er in lebendiger Art und Weise auf folgende Punkte ein: Wer reagiert? Wie wird reagiert? Wann wird reagiert? Aus seiner reichen Erfahrung als Journalist und ehemaliger SP-Nationalrat konnte er verständlich vortragen, wie aufkommende Probleme

gelöst werden können. Dabei machte er deutlich, dass die Wahrheit immer im Zentrum stehen muss und dass eine einheitliche Sprachregelung der Parteiverantwortlichen von besonderer Wichtigkeit ist. Die anschliessende Diskussion, mit Beispielen aus den Kantonen, zeigte auf, dass es für die «Konfliktbewältigung» kein Rezept gibt. In einem zweiten Teil wurde der Umgang mit

Gratiszeitungen angegangen. Dabei wurde deutlich, dass es für die beiden Vertreter der Gratiszeitungsverleger schwer war, zwischen PR und Tipps für Sekretäre einen Trennstrich zu ziehen.

Im Weiteren stand die Möglichkeit offen, zu Themen wie «Mitgliederwerbung», «Umgang mit gewählten Parteilosen» usw. den Gedankenaustausch zu pflegen. Die eher passive Haltung diesen Themen gegenüber machte deutlich, dass sie nicht diskussionswürdig sind und in den Kantonen nicht zu den Problemfällen gehören. ■



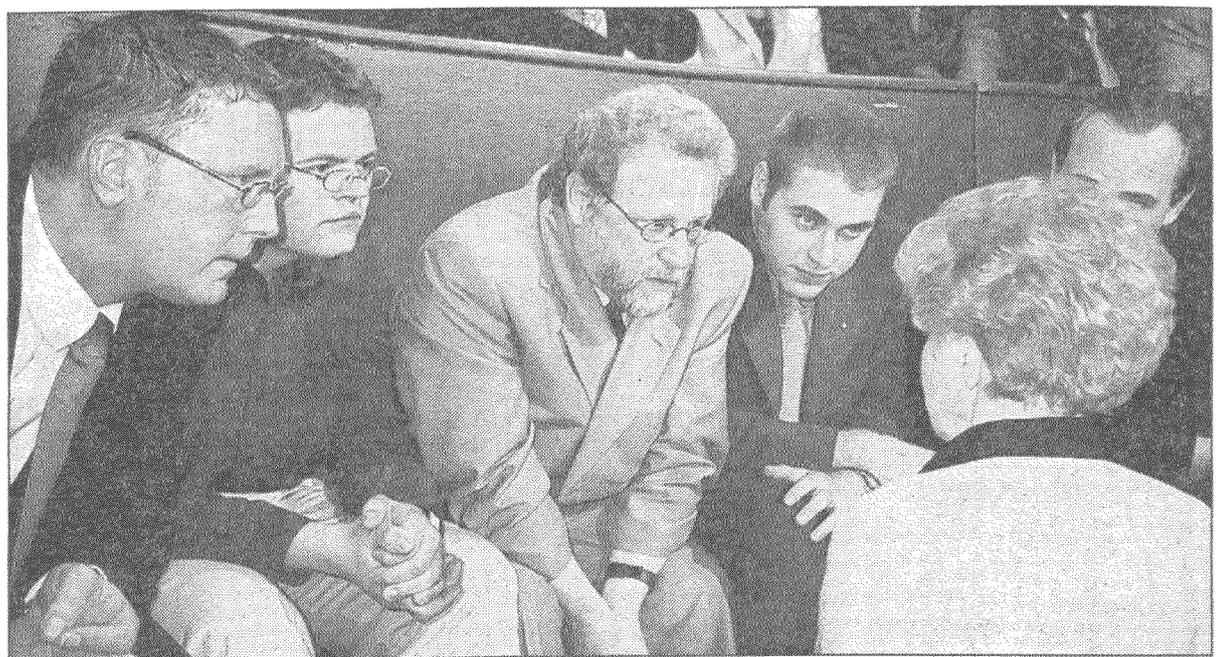
Andreas Blum wartet nach seinem eindrücklichen Referat auf die Reaktionen aus der Runde.

## «Arena» – Podium für Kandidaten

*Dieser TV-Auftritt erhöht die Wahlchancen der Kandidaten*

**Es zeigt sich immer mehr, dass mehrmalige Präsenz in der Sendung «Arena» des SF DRS die Wahlchancen deutlich verbessert.**

Die Ergebnisse der Grossratswahlen in den Kantonen Solothurn, Aargau und Bern haben bewiesen, dass «fleissige» «Arena»-Teilnehmerinnen und -Teilnehmer wenn nicht gewählt werden, so mindestens ihre Positionen auf den Wahllisten verbessern konnten. Es zeigte sich gar, dass selbst die Präsenz am Bildschirm schon Stimmen bringt. Wer die Gelegenheit nutzte und sich zu Wort meldete, steigerte zudem die Gunst bei den Wählern. Kandidatinnen und Kandidaten für die National- und Ständeratswahlen sollten schon heute dieses «Wahlkampf-Instrument» nutzen. ■



Im Vorspann der Sendung «Luftverkehrsabkommen Schweiz-Deutschland» nutzten die Herren Portmann, ZH, Zimmermann, GL, Dähler, ZH, Eggel, VS, und Hatt, ZH, die Zeit, um mit SR Vreni Sperry das taktische Vorgehen zu besprechen.

Bilder rus

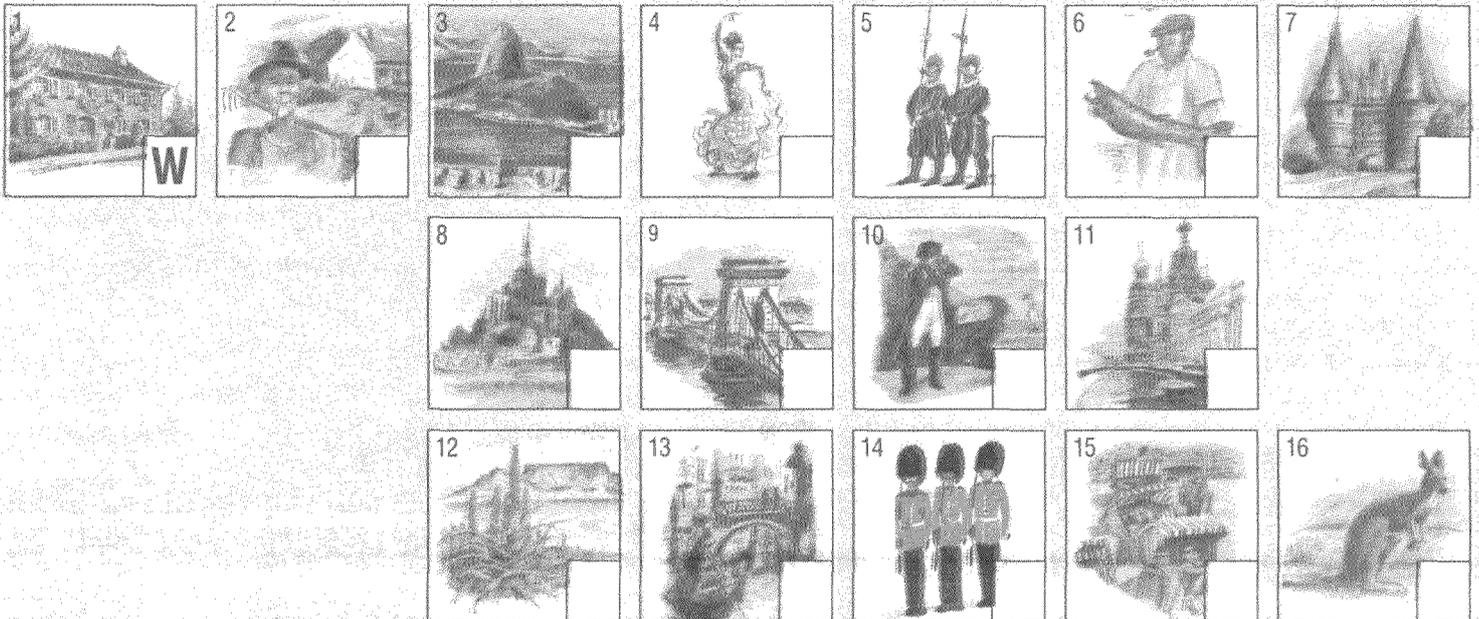
# Grosser Wettbewerb

# geriberz

Ihr Feringestalter.

# Kennen Sie die Welt?

Ordnen Sie jede Zeichnung dem richtigen Land (oder Ort) zu.  
Der Anfangsbuchstabe des Landes ergibt das Lösungswort.



Australien: Känguruh

Deutschland: Holsten Tor in Lübeck

Deutschland: Strandkörbe auf Rügen

Elba: Napoleon

England: Bobbies

Frankreich: Insel Mont St. Michel

Italien: Venedig

Irland: Jim mit Mistgabel

Italien: Schweizergardisten in Rom

Norwegen: Fischer mit Lachs

Rio de Janeiro: Zuckerhut

Russland: St. Petersburg

Spanien: Flamenco

Südafrika: Tafelberg in Kapstadt

Ungarn: Kettenbrücke in Budapest

Wettingen: geriberz-Haus

## Lösungswort

Einsendeschluss: 31. Juli 2002

FD0222

W \_ \_ \_ \_ \_ \_ \_ \_ \_ \_ \_ \_ \_ \_ \_ \_

1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12 13 14 15 16

Ich interessiere mich für:

Rundreisen Europa und Übersee

Flussfahrten

Wellness-, Kur- und Schönheitsferien

Vorname: \_\_\_\_\_

Name: \_\_\_\_\_

Strasse: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Geburtsdatum: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_

Bitte Talon auf Postkarte kleben und einsenden an:

geriberz reisen ag, Etzelstrasse 15, CH-5430 Wettingen, Tel. 056 427 01 01, Fax 056 427 28 83, www.geriberz.ch

Über den Wettbewerb wird keine Korrespondenz geführt. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Mitarbeiter von geriberz und deren Angehörige sind nicht teilnahmeberechtigt.

## 1. Preis

1 Woche für 2 Personen auf  
einer geriberz-Flussschiffahrt  
mit Vollpension

## 2.-50. Preis

je 1 Reisegutschein im Wert  
von Fr. 100.-, gültig für eine  
geriberz-Reise